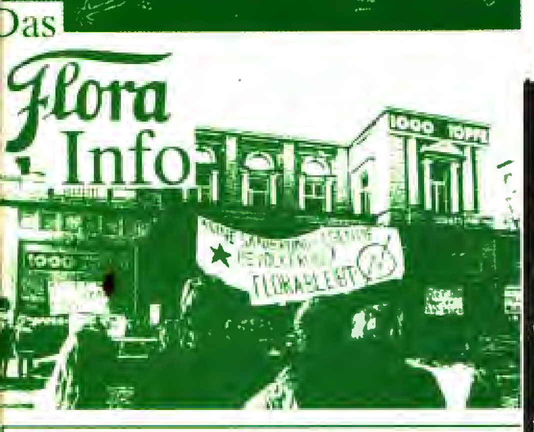
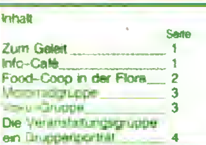






Inhalt

März 1992 Nummer 1





Nummer 11, Februar 1993





Nummer 22, Januar 1994



Das Trendmagazin für modebewußte Autonome

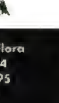
Aus dem Inhalt:
Dokumentation des Hungerstreiks der Flüchtlinge,
Verbot der PKK,
Kaffee kaffee,
...Termine





Nr. 24 März 1994





Info aus der Flora
Nummer 44
Dezember 95
umsonst





September 1997
Nummer 62
umsonst

ZECK

Nr. 100 | Juli 01



In den frühen Morgenstunden des 28.11.95 ist in der Roten Flora ein Feuer ausgebrochen. Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses stellte sich die Lage so dar:
Die Brandursache ist noch nicht geklärt, aber Brandstiftung ist wohl ziemlich unwahrscheinlich. Durch das Feuer wurde das 1. Stockwerk zu großen Teilen zerstört. Vor allem vom «Archiv der sozialen Bewegungen» ist praktisch nichts mehr übrig, d.h. der gesamte Bestand an Flugblättern, Broschüren, Plakaten und Dokumenten aus 20 Jahren Neue Linke ist innerhalb weniger Stunden vernichtet worden. Weiter ist das Dach der Flora vollständig zerstört, die Schäden in den übrigen Bauteilen im 1. Stock und die Löschwasserschäden im restlichen Gebäude lassen sich noch nicht einschätzen.
Obwohl das Feuer erstmal für alle ein Schock war, bedeutet es nicht das Ende der Roten Flora. Auf keinen Fall werden wir hinnehmen, daß das Feuer als Vorwand von den politisch Verantwortlichen in Hamburg benutzt wird, das Projekt Rote

In der nächsten Zeit wird es zumindest einen provisorischen Betrieb mit Infocafé, Voku etc. geben; evtl. auch erstmal neben der Flora bis die Frage der Einsturzgefahr geklärt ist. Die Veranstaltungen sind nicht automatisch abgesagt; achtet auf besondere Ankündigungen.
Damit der Schaden durch Regen und Frost nicht noch größer wird, muß jetzt vor allem ein provisorisches Dach auf die Flora, um die durchnäßten Räume trocken zu bekommen.
Ob es dafür und für eine spätere Sanierung irgendeine Unterstützung von der Stadt geben wird, wird wesentlich von dem politischen Druck abhängen, den wir in der nächsten Zeit aufbauen können. Die Entscheidung ist jedenfalls erstemal vom Bezirk zum Senat delegiert worden.
Also, damit es auch weiterhin eine Rote Flora gibt: Beteiligt euch massenhaft an den Aufräumarbeiten, mobilisiert Unterstützung, spendet Geld und Geräte und kommt zu den offenen Plena!





Antifa sollte lecker sein!

Impressum

V.i.S.d.P.: Klausmartin Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20148 Hamburg
Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg
Schickt uns eure Beiträge, Artikel o.ä., auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 5.0 bis 7.0 oder als Textdatei (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.
Abos: Die Zeck gibt es im Förderabo für 20,- DM pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: Zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. »Zur-Habe-Name« ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile – und nur diese – an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nicht-aushändigung zurückzuschicken. (Mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!)
Spenden und andere Zuwendungen: je nach Umfang der Ausgabe haben wir eine Deckungsl,cke von 150,- bis 200,- DM (pro Ausgabe). Ihr merkts schon: Spenden sind also immer noch vonnöten. Wir nehmen Zuwendungen jeder Art gerne entgegen, Gelder aus Banküberfällen o.ä. allerdings nach Möglichkeit nur in gebrauchten Scheinen. Schokoladiges versüßt unsere Arbeitstreffen und läßt die Kommentare versöhnlicher werden (käuflich sind wir selbstverständlich nicht).
Eigendruck im Selbstverlag

Vorwort

Die hundertste Ausgabe!!
Glückwünsche, Blumen und Süßigkeiten bitte an die bekannte Postadresse.
Und wenn Ihr am Baggersee oder im Schanzenpark in der Sonne brütet, dann überlegt Euch mal, wie Euer konstruktiver Beitrag zur Weltrevolution aussieht.
In diesem Sinne:
Freiheit und Glück!!
Z.

Inhalt

Auf nach Genua!!

Diskussionsveranstaltung Donnerstag 5.7. 20 Uhr Rote Flora

Diskutiert werden soll die Frage, wie umfassende Kapitalismus- und Herrschaftskritik in die entstandene Bewegung gegen Treffen der WTO, IWF und G8 hineingetragen werden kann.

Mobilisierungsveranstaltung zu den Protesten in Genua

Donnerstag, 12.7. 20 Uhr, Rote Flora

Mobilisierungsveranstaltung II

Folgende Beiträge sind zu erwarten:
Migration und Flüchtlingspolitik der G8, Senfo Tonkam von der African Refugee Association (ARA)
Auswirkungen der Globalisierung am Beispiel DASA, Janet Kassin von der Initiative »Mühlenberger Loch«
Weltordnung der G8, Sarah Kramer von Linksruck
Die Unterwanderung der Vereinten Nationen durch die transnationalen Konzerne, Marion Küpker
Geplant aber nicht nominiert:
- Auswirkungen der Globalisierung auf Frauen
- Gesundheitspolitik
- Medienpolitik
- Bildungspolitik
- Geplante Proteste in Genua
Ab 22 Uhr Konzert mit David Rovics, Boston USA (Bluegrass Folk mit politischen Texten)
Danach Party!!
Samstag 14.7. Uhrzeit unbekannt

Meldungen vom Standort 1

Wer es immer noch nicht weiß: die ersten Eigentumswohnungen für Angehörige der offenen Koffeinszene im Schanzenviertel entstehen in der Susannenstr. und sollen zum Herbst bezugsfertig, d.h. also verkauft werden. Die zuständige Immobilienfirma läßt hierzu verlauten: »Der Preis für dieses außergewöhnliche Wohnerlebnis in Hamburgs Kreativ-Viertel liegt zwischen 485000 und 830000 Mark für das Penthouse«. Angepriesen wird das Objekt mit einer PR, die eigentlich jedes weitere Flugblatt zum Thema Umstrukturierung in der Schanze überflüssig macht. So fabuliert der Investor in einer großformatigen Anzeige: »Das Schanzenviertel ist mittlerweile der angesagteste Platz in Deutschland, hat Berlin Mitte weit hinter sich gelassen. Hamburgs neue Mitte ist das Schanzenviertel. Und genau hier - mitten im ‚Hot Spot' der Republik - können sie leben. Schon immer pulsierte im Schanzenviertel das Leben: multikulturelles Flair, Bars, Restaurants, orginelle Läden, kleine Theater und skurille Geschäfte machen die unnachahmliche Atmosphäre des Quartiers aus. Das einzigartige Ambiente lockte Künstler, Kreative und Werber: So wurde die ‚Schanze' zum international bekannten - und beliebten - Standort....« Bis Herbst wird die verkaufende Immobilienfirma von Reiche/Meuser/Nennecke, ABC-Str. 12, 20354 Hamburg, Tel 040/35533530, Fax 040/35533533 regelmäßig an Samstagen Tage der offenen Tür für potentielle KäuferInnen direkt im Objekt veranstalten. Man sieht sich...

Meldungen vom Standort 2

In »brand eins«, offenbar ein Hochglanz-Wirtschaftsmagazin für Beschäftigte in der New Economy, schreibt zu den Vorgängen an den Riverkasematten im April ein Redaktionsmitglied: *Zugegeben, meine Laune ist nicht die beste. Das liegt auch an der Party, vor der ich war. »Vor«, weil um die Veranstaltung Polizisten in Kampfmontur die Straße abgeriegelt hatten. Das erinnerte an eine Diktatorenhochzeit in einem ostasiatischen Bürgerkriegsgebiet, war aber nur das Fest der Hamburger Medientage, der (kein Scherz!) ‚Hamburger Dialog'. Die Absperrung, so hieß es, sei nötig, weil Anwohner die Feier stören wollten, zudem hatte der direkt neben dem Veranstaltungsort liegende Golden Pudel Club zu einer Gegenparty geladen. Ein grotesker Abend, angefangen bei der Tatsache, dass eine Party wie ein Castor-Transport bewacht wurde, bis zu den geladenen Gästen, die zur Hälfte ebenso gut in den Pudel Club gepasst hätten, eine Zentrale der Gegenkultur und bei hippen Medienunternehmen sehr beliebt. Besonders bizarr aber war die so konstruierte neue Zwei-Klassen-Gesellschaft: hinter der Barrikade das Kapital und die Entscheider der neuen Medien. Und vor der barrikade Musiker, Künstler, Kreative....*
Tja, that's gentrification.

Antirassistisches Grenzcamp

Frankfurt/Main: Vorläufiges Programm
Freitag, 27.7.01:
Anreise und Aufbau des Camps ab 12 Uhr
Samstag, 28.7.01:
Auftakt und Begrüßung - Infostände und Verteilung der Campzeitung, Sternfahrt (Autokorsi, Fahrraddemos..) mit Kundgebungen und mobilen Musikanlagen über mehrere Routen in Frankfurts City (13 Uhr Flohmarkt)
Abends: Eröffnungsplenum
Sonntag, 29.7.01:
Tagsüber am Flughafen: »Musik gegen Grenzen« klassisches Konzert sowie weitere Aktivitäten im Terminal: Präsentation der Plakatausstellung gegen die Deportation-Class der Lufthansa, Theater,Transparentwettbewerb ...
Ca. 16 / 17 Uhr: Begrüßungsveranstaltung für die Menschen vor Ort, mit Aktion Toleranz aus Mörfelden-Walldorf
Abends im Camp: »jeder mensch ist ein experte«: Diskussionsveranstaltung zum modernisierten Grenzregime
Montag, 30.7.01:
14 Uhr, Camp: Workshop »Einwanderungsdebatte und soziale Revolution«
Abends in der Stadt: Veranstaltung und Diskussion zu Entschädigungszahlungen an Zwangsarbeiter/innen Abends im Camp: Veranstaltung der Innenstadt-AG mit Dia-Vortrag zum Thema »rassistische Kontrollen und Ausgrenzung«, Vorbereitung der Aktionen am Mittwoch
Abends im Camp: Präsentation der Grenzcamps in Spanien, Slowenien und Polen, der Aktionstage gegen den G-8-Gipfel in Genua und Diskussion über Stand und Perspektiven des europaweiten Vernetzungsprojektes »noborder«.
Dienstag, 31.7.01.
15 Uhr Führung auf dem »Historischen Lehrpfad« zum KZ-Außenlager Walldorf - Hintergrund Aktionen zum Thema ZwangsarbeiterInnen
Abends: Camp-Plenum
Mittwoch, 1.8.01:
Frankfurter City: - Tagsüber dezentrale Aktionen gegen rassistische Kontrollen, gegen Razzien, gegen Überwachungskameras...
Infostände,Widerstandsrallye und »Spiele ohne Grenzen« in verschiedenen Stadtteilen
Abends am Frankfurter Hauptbahnhof ein »Attack-Kontrollraum«- Happening, Musik und Rave bis in die Nacht...
Donnerstag, 2.8.01:
Aktionen & Diskussion zur Residenzpflicht
Freitag, 3.8.01:
10-13 Uhr: »Tod im Transit« - Internationales Hearing gegen Internierung und Abschiebung am Flughafen
Abends: Veranstaltung vom Bündnis gegen Rechts Leipzig zu Antifaschismus und Antirassismus
Samstag, 4.8.01:
Überregionale Demonstration gegen Internierung und Abschiebung, Kundgebung im Flughafenterminal, »Belagerung mit Knastbeben« am Tor in der Nähe des Internierungslagers ...
Abends: Abschlußplenum
Zusätzlich in Planung: Workshops und Filme im und außerhalb des Camps, z.B. zur internationalen Campkette; Veranstaltung und Aktion gegen die Flughafenerweiterung und zur Rolle des Flughafens

im weltweiten Ausbeutungsgefälle; Aktionen gegen Abschiebefluggesellschaften (Tarom, Air Algerie ..) und Bundesgrenzschutz; Antifaschistische Aktionen und Veranstaltungen; Campradio, Webjournal, Fußballturnier und vieles andere mehr ...

Hausbesetzung HB

Kurzzeitige Besetzung der ehemaligen KFZ-Zulassungsstelle in Bremen

Wir haben uns heute, am Freitag dem 15.6.01, die ehemaligen Räumlichkeiten der KFZ-Zulassungsstelle in Bremen (Georg-Bitter-Str., Bremen-Hastedt) einen Abend lang angeeignet. Uns geht es dabei nicht nur darum, gemeinsam ein Konzert zu veranstalten und gemeinsam zu feiern - Ziel der Aktion ist es vielmehr, unserer Vorstellung von selbstbestimmter unkommerzieller Kultur Raum zu geben. (...)
Das ehemalige Gebäude der Zulassungsstelle steht (...) stellvertretend für die große Menge ungenutzt leestehender Immobilien in Bremen. Daß diesem Leerstand auch in anderen Städten ein Bedarf an selbsbestimmtem Wohn-/Kulturraum gegenübersteht, zeigen die jüngsten Hausbesetzungen in Münster, Erfurt, Rothenburg oder Bochum. Trotz der unerbittlichen Haltung deutscher Stadtverwaltungen, die seit Anfang der 90er die Grundlage der rigorosen Räumungspolitik bildet, sind nach wie vor Menschen bereit, den herrschenden Verhältnissen die Stirn zu bieten und sich ihren Raum zu nehmen. Die Verfechter der sog. Inneren Sicherheit Deutschlands haben offensichtlich ihr Ziel, unabhängige linke Strukturen zu zerschlagen bzw. deren Schaffung im Keim zu ersticken noch nicht erreicht.
Parallel zu unverhohlen repressivem Vorgehen findet insbesondere in Bremen eine andere Strategie ihre Anwendung: Langjährig etablierte Projekte wie das Kultur- und Politikzentrum »Sielwallhaus« werden z.B. durch massive Mieterhöhungen (in diesem Fall steht eine Versiebenfachung des Mietpreises zu erwarten) in eine massive Abhängigkeit von städtischen Subventionen getrieben: In Zeiten vermeintlicher Knappheit öffentlicher Gelder kann dies dann die Schließung bedingen - der Senat hat bereits angekündigt, dem Sielwallhaus sämtliche Zuwendungen zu streichen. Auch das Jugendfreizeitheim Friesentrasse und das Mädchenkulturhaus sehen sich neben zahlreichen anderen Projekten in ihrer Existenz bedroht. Angesichts dieser Erosion im Bereich öffentlicher Jugend- und Kulturarbeit ist es heute mehr denn je notwendig, selbstverwaltete unabhängige Strukturen und Zentren zu schaffen, die es uns ermöglichen, unsere Vorstellung von Kultur und Politik umzusetzen.
Solidarität mit allen autonomen Zentren! Herzlichste Grüße an die Berliner Köpi, die Karlsruher Ex-Steffi, die Hamburger Rote Flora, die Hanauer Metzgerstrasse und all die anderen!

Kampagne gegen Abschiebehaft

Positionspapier der Kampagne gegen Abschiebehaft Halle, den 24.06.01

Im März diesen Jahres fand in Leipzig ein Treffen von Gruppen statt, die zum Thema Abschiebehaft arbeiten. Konsens des gemeinsamen Wochenendes: Abschaffung der Abschiebehaft! Dabei wurde beschlossen, dieser Forderung im Rahmen einer großen, bundesweiten Kampagne Ausdruck zu geben. Das Positionspapier ist Ergebnis eines weiteren Treffens und soll als Diskussions- und Arbeitsgrundlage zur Vorbereitung dieser Kampagne dienen.

Grundsätzlich können Abschiebehaft und Abschiebung jeden Menschen ereilen, der sich ohne deutschen Paß in Deutschland aufhält. In der langen Kette von Sondergesetzen zur Anders- behandlung »unerwünschter« Menschen ist die Abschiebehaft eines der restriktivsten Mittel, indem sie Menschen, einzig und allein auf der Grundlage, keinen deutschen Paß zu besitzen, ihrer Freiheit beraubt. Im Kontext verschiedener z.T. erfolgreicher Kampagnen stehend, wie die »deportation.class« und die »Anti-Residenzpflicht«-Kampagne, und mit dem Ziel, staatlichen Rassismus in seinen Grundfesten zu erschüttern, sehen wir es als dringend notwendig an, auch die Abschiebehaft anzugreifen. Zahlreiche Abschiebehaft-Gruppen arbeiten teilweise schon seit Jahren an diesem Mißstand. Durch soziale Betreuung versuchten und versuchen sie, Abschiebehäftlinge vor Ort zu unterstützen und ihre Lage zu verbessern. Doch ihr Dilemma ist es, daß sie Stütze des Systems wurden, das sie kritisieren. In dem Maße, wie die Unterstützer- Innen in den Haftanstalten eingebunden sind und ihre ganze Kraft auf die Verbesserung der Zustände in der Haft gerichtet ist, konnte bislang weder eine kritische Öffentlichkeit, noch wirkliche Veränderungen angestoßen werden. Deshalb war es Konsens aller Abschiebehaft-Gruppen in Leipzig, sich gemeinsam für die ersatzlose Abschaffung der Abschiebehaft einzusetzen. Mit der Initiierung der bundesweiten Kampagne wollen wir auf breiter öffentlicher Ebene dieses Thema ansprechen und verschiedene antirassistisch-motivierte Initativen und Einzelpersonen aufrufen, sich zu beteiligen. Wir begreifen die Kampagne als offen und dezentral, sie soll mit unterschiedlichsten Aktionen gefüllt werden. Dabei soll sich der Protest nicht nur gegen die Abschiebehaft- anstalten selbst richten, sondern auch die Institutionen angreifen und zum Thema machen, die die Menschen in diese Situation bringen. Protest, der sich »nur« gegen die Abschiebehaft- anstalt selbst richtet, greift zu kurz und verstellt den Blick auf die Verantwortlichen in den staatlichen Instanzen, wie Ausländerbehörde und Amtsgericht. Aktionen im Rahmen der Kampagne sind in allen Formen möglich und wichtig und liegen in der Eigeninitative der Gruppen. Um klar erkennbar im gemeinsamen Kontext agieren zu können, streben wir an, die Kampagne unter ein vereinendes Logo, das die Forderung nach Abschaffung der Abschiebehaft auf den Punkt bringet, zu stellen. Unter diesem Logo könnten beispielsweise auch bundesweite Aktionstage stattfinden. Wir laden euch ein, mit uns gemeinsam auf dem antirassistischen Grenzcamp in Frankfurt/Main (27.07.-05.08.01) über die Kampagne, deren Inhalte und Aktionen zu diskutieren und mit neuen Ideen zu bereichern.
Laßt uns gemeinsam Abschiebehaft als einen Baustein in der Mauer der Festung Europa bekämpfen! Uns genügt kein Einwanderungsgesetz, das rassistische Ausgrenzung nur aussetzt, soweit die Betroffenen verwertbar sind. Abschiebeknäste schließen! Abschiebungen stoppen! die UnterstützerInnen der Kampagne gegen Abschiebehaft

Vergewaltigungs-prozeß in Bremen

Im Sommer 2000 wurde eine Frau im Keller des Imbiß Toro am Sielwall/Bremen von drei Angestellten mehrfach vergewaltigt. Die betroffene Frau erstattete Anzeige, woraufhin zwei der Täter gefaßt und in Untersuchungshaft genommen wurden. Im Januar diesen Jahres wurde das Strafverfahren gegen zwei der drei Vergewaltiger eröffnet. In dem Prozeß trat die Frau als Nebenklägerin und Hauptzeugin der Anklage auf.
Am 30. April wurden die Männer freigesprochen.
Zum Prozeßverlauf: Das Zusammenspiel zwischen Anwälten der Vergewaltiger und dem Gericht offenbarte in jeder Hinsicht eine hetero-sexistische Justiz, deren Strategie von Anfang an war, die Glaubwürdigkeit der Frau in Frage zu stellen. Während die Angeklagten schwiegen, gab es wochenlange Befragungen der betroffenen Frau in Bezug auf ihre Persönlichkeit, körperliche Merkmale, ihren Lebensbereich und ihre Vergangenheit. Ihre lesbische Identität wurde als abweichende Sexualität abgeurteilt, sowohl die Verteidiger der Vergewaltiger als auch der Richter diskriminieren und pathologisieren die Frau während der Befragungen.
Bereits Ende Februar wurden die Täter aus der U-Haft entlassen, weil nach Meinung des Richters Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Frau bestünden. Ein Antrag auf Absetzung des Richters wegen Befangenheit wurde abgelehnt.
Dieser Prozeß ist das abschreckende Beispiel dafür, was einer Frau passieren kann, wenn sie eine Vergewaltigung anzeigt und in eine Verhandlung geht.

Soliparty für Prozeßkosten, für ein Revisionsverfahren, für Unterstützung...
Am 7.7. 01 Tango sentimental und elektronisch Bewegtes. Ab 22.00Uhr in der Roten Flora

Weitere Infos unter www-user.uni-bremen.de/~femref/prozessverlauf.html

Naziclub 88 abschaffen!

Konzert und Kundgebung am 21.7.2001
Live:
Turbostaat, Dritte wahl, Amerikkkan tourists, hirnstrom, freestyle
Neumünster, kummerfelder str., direkt gegenüber dem club ab 14.30 Uhr

Bilanz Onlinedemo

Am 20. Juni wurde fand die erste Online-Demo in Deutschland statt. Am Tag der Lufthansa-Aktionärsversammlung sollte der Lufthansa-Internet-Server mit Hilfe einer Protestsoftware, die massenweise Seitenanfragen an den Server stellte lahmgelegt werden. Während die Lufthansa nach der Demo stolz darauf hinweist, dass ihr Server nur für eine kurze Zeit nicht erreichbar war, werten die AktivistInnen, die zu der Demo aufgerufen haben, ihre Aktion als Erfolg. Tatsächlich war der Server nur während der ersten halben Stunde des Protests nicht, oder nur schwer zu erreichen. Danach war es den TechnikerInnen von Lufthansa offensichtlich gelungen einerseits auf einen anderen Server umzuschalten und andererseits Rechnern aus dem Deutschen Forschungs-Netzwerk den Zugang zu ihrer Seite zu verwehren. Dadurch lief der Protest von allen Rechnern, die über irgendeine Uni eingewählt waren ins Leere.
Erflog hatte die Demo sicherlich im Vorfeld, weil es gelungen war dass sowohl über die Aktionsform als auch über das politische Ziel breit in allen Medien berichtet worden ist. Allerdings wird es wohl – wie bei allen »unkonventionellen« Aktionsformen – beim nächsten Mal schon nicht mehr so interessant sein.




Der folgende Text bezieht sich oft auf den Begriff »Szene«. Dabei ist die Szene eine unpersönliche Zuschreibung. Alle schimpfen auf »die« Szene, und so fühlt sich auch niemand auf den Schlips (oder vergleichbares) getreten, wenn »die« Szene kritisiert wird.
In diesem Text wird Szene unspezifisch verwendet. Gemeint ist eine wie auch immer ausgefallene Personengesamtheit von Individuen, die sich der autonomen Szene in irgendeiner Weise zugehörig fühlen.

100 Meisterwerke

Endlich mal ein Rückblick.

Da die Zeck jetzt insgesamt in den dreistelligen Ausgabenbereich hineinwächst, wollen wir, die von Ausgabe zu Ausgabe unseren kleinen Beitrag dazu leisten - denn ganz von selbst geht das nun ja auch nicht - mal ein paar Gedanken zu Sinn und Unsinn dieser Zeitung niederschreiben.

Die Zeck

wurde also bald 10 Jahren ins Leben gerufen. Die frühen Ausgaben der Zeck waren geprägt von einem eigentümlichen Szene-Humor. Die Witze und Insiderbemerkungen, die in den ersten 10 bis 20 Ausgaben zu finden sind, machen deutlich, dass es der Spaß an der Sache war, der zur (Mit-)Arbeit beflügelt hatte. Dass die Witze von kaum jemanden zu verstehen waren, der/die nicht die Lebenseinstellung von Ganztagsautonomen hatte, spielte damals wohl kaum eine Rolle. Die ersten Ausgaben hatten das Erscheinungsbild einer schlecht gemachte SchülerInnenzeitung, und angesichts der Unprofessionalität und des gestalterischen Dilettantismusses unkten damals viele, dass die Zeitung keine lange Zukunft haben werde. Letztlich war es wohl der Eifer und die Überzeugung, mit der an der Sache gewerkelt worden ist, die dem Projekt das Leben einhauchten, die es brauchte, um eigene Fehler, Ungenauigkeiten und gestalterisches Chaos zu überwinden. Hinzu kamen äußere Faktoren die das Projekt wenigstens mit begünstigten: In den Jahren 1992 bis 1994 beendeten zwei andere Hamburger Zeitungsprojekte ihre Arbeit (zum einen die »Ohm« und zum anderen das »Neue Schanzenleben«) und machten sozusagen den »Markt« der autonomen Szene für die Zeck frei. Seit dieser Zeit ist die Zeck eigentlich das einzige Medium, welches für die Szene um die Rote Flora, und im Schanzenviertel ein Forum zur Veröffentlichung von Texten liefert - bzw. müsste es wohl besser heißen: liefern könnte.
Neben der insgesamt lapidaren Feststellung, dass die Zeitung in die Jahre gekommen ist, kann also behauptet werden, dass die Zeck in den Jahren zwar den Charme einer autonomen Stadtteilzeitung abge-

legt, aber den Charakter eines kontinuierlich erscheinenden Diskussionsforums für eine bestimmte Gemeinde beibehalten hat. In den 80ern und frühen 90ern gab es zahlreiche solcher Stadtteilzeitungen, die inhaltlich eher einer Zettelsammlung glichen: Veröffentlicht wurde, was herangetragen wurde - und nur das.

Wenn die Zeck diesen Charakter abgelegt hat, so tat sie dies nur teilweise und nicht ganz freiwillig. Zumindest einzelne in der Redaktion hängen noch immer am Selbstverständnis, Sprachrohr der Szene zu sein. Nur funktioniert dieses Konzept heutzutage nicht mehr - einziges Gegenbeispiel ist die interim - was einerseits auf die starke Schrumpfung der post-autonomen Szene und andererseits deren sprichwörtliche Schreib- und Theoriefaulheit zurückzuführen ist.

So hat die hat die Identifikation zwischen Szene und Zeck-Redaktion abgenommen, was sich auch darin widerspiegelt, dass die Zeck in den ersten 40 bis 50 Ausgaben wesentlich mehr Einblick in die autonome Szene vermitteln konnte, als es beispielsweise in den letzten 20 Ausgaben der Fall gewesen ist. Und das liegt nicht nur daran, dass es nichts mehr über eine autonome Szene, bzw. aus einer autonomen Szene in Hamburg zu berichten gibt.

Während »früher« (also sagen wir mal: vor 1996/1997) die Redaktion Termine »sowieso« mitbekommen habt, ist das heute nicht mehr unbedingt der Fall. Wenn uns verschiedene OrganisatorInnen die Termine ihrer Veranstaltungen nicht ausdrücklich mitteilen, laufen sie Gefahr, dass auf diese in der Zeitung gar nicht mehr hingewiesen wird. Und vor diesem Schicksal sind auch Demonstrationen nicht mehr ganz gefeit. Es gibt aktuell aber auch Themen, die über die Zeck der Szene zugänglich gemacht werden, die in der Redaktion nicht mehr auf besonderes Interesse stoßen, aber - mangels Masse, und weil das ja für manche LeserInnen echt wichtig sein kann - trotzdem ihren Weg in das Endprodukt finden.

Die Struktur der Szene weist eben eine höhere Fluktuation auf, als die Struktur der Zeck. Während sich die Szene fortwährend verjüngt und jede/r jenseits der Twenties als Gruftie gilt, ist die Zeitung sowohl kontinuierlicher als auch schwerfälliger. Die Entfernung zwischen Zeck und Szene wurde in der Vergangenheit seitens der Zeck-Redakton verschiedentlich versucht dadurch aufzuheben, dass andere Themenbereiche (z.B. Existenzgeld) per definitionem zu Szenethemen geadelt worden sind.

Die Zeck wird im Hamburger Verfassungsschutzbericht an exponierter Stelle im Kapitel über die radikale Linke dargestellt und dürfte gewissermaßen den Informationspool darstellen, aus dem die Innenbehörde ihre Berichte über die radikale autonome Linke in Hamburg neben den Spitzelberichten speisen. So schreibt der VS in seinem 2000er Bericht: »Wie gewohnt druckte die ›Rote Flora‹-Postille ›Zeck‹ nicht nur Diskussionsbeiträge zu autonomer ›Politik‹, sondern ›dokumentierte‹ auch wieder Bekennerschreiben zu allen relevanten Anschlägen und Sachbeschädigungen mit linksextremistischem Hintergrund in Hamburg und Umgebung.«

Konspi-Gehabe

Eine Zeitung ist ein zentraler Punkt einer linksradikalen Szene. Sie hat - wie bereits beschrieben - informativen, diskursiven und vermittelnden Charakter. Sie ist deswegen auch für die Staatsschutzbehörden von einigem Interesse, weswegen es meistens angesagt ist, darauf zu achten, dass die Mitarbeit einer einzelnen Person bei solch einem Projekt nicht publik wird.



Das führt dazu, dass man es auf der einen Seite nur einem ausgesuchten (engen) Bekanntenkreis auf die Nase binden kann, dass man in der Redaktion mitarbeitet, und auf der anderen Seite vielen Leuten, denen man nach einer Veranstaltung, Veröffentlichung in einer anderen (Tages-) Zeitungen oder Demonstration einen Artikel aus dem Kreuz leiern möchte immer nicht so richtig erzählen kann, wofür man den Text im Einzelfall haben möchte. Die Abschottung verkehrt sich dann in ein Problem.

Konkret auf die Zeck bezogen, bedeutet dies: Die Zeck ist ein Projekt, das ständig zwischen notwendiger und gewollter Klandestinität und notwendiger und unmöglicher Offenheit hin und her schwankt.

Immerhin ist die Mitarbeit an der Zeitung eigentlich kein hochbrisantes Thema mehr. In der Vergangenheit ist außer der Dokumentation von diesem und jenem BekennerInnenschreiben nichts »brisantes« in der Zeck veröffentlicht worden. Und juristisch haben diese kein Aufsehen erregt. Was bekannt geworden ist, war einzig eine Strafanzeigen der DVU, als zum Überpinseln und Abreißen ihrer rassistischen Plakate aufgerufen wurde. Außerdem nahm im Rahmen einer Durchsuchung des Buchladens im Schulterblatt die Bullerei einmal einen Stapel Hefte mit, da sich in der betreffenden Ausgabe eine Bauanleitung für einen Wurfanker befand. Allerdings fand auch diese Durchsuchung nicht wegen der Zeck, sondern wegen einer Anti-AKW-Broschüre statt, die Zeck wurde nur bei Gelegenheit mitgenommen.

Erscheinungsweise

Die Zeck soll nach Möglichkeit jeweils zum Monatsanfang erscheinen. Die LeserInnen sollen sich auf die Erscheinungsweise verlassen können. Gerade in der Kontinuität liegt eine Stärke, zumal es besonders bei Debatten erforderlich ist, dass Reaktionen auf einzelne Beiträge in einem Zeitraum erscheinen, in dem noch eine Bezugnahme möglich ist, bzw. auch von einem (außenstehenden) Publikum nachvollzogen werden können.

Im Gegenzug ist dafür allerdings erforderlich, dass man auch jeden Monat etwas zu sagen hat, um die Seiten zu füllen. Um dafür nicht in eine völlige Beliebigkeit abzufallen, muss man sich immer um Texte und Beiträge kümmern. Um dann aber an Beiträge zu kommen, entstehen dann die Schwierigkeiten, die unter dem Kapitel »Konspi-Gehabe« beschrieben wurden.

Aber auch etwas anderes soll hier nicht unangesprochen bleiben, die :

Schreibfaulheit

Als die damalige Redaktion in den »jungen« Tagen des Projektes den Untertitel von »Das Flora-Info« zu »Das Info aus der roten Flora« änderte, wurde das insbesondere damit begründet, dass die Rote Flora insgesamt zu wenig Texte produziere, um ein monatliches Sprachrohr in der Machart der (damaligen) Zeck zu füllen.

Hätte die Redaktion im April 1993 (und damit inzwischen vor 87 weiteren Ausgaben) alleine auf Texte aus der Hamburger autonomen Szene gesetzt, die Zeitung hätte es im April 1994 wohl nicht mehr gegeben: Die Hamburger Autonome Szene ist schreibfaul. Heute, 1999 bis 2001, kommen Texte - wenn überhaupt - nur als Ankündigungstexte bzw. Werbebeiträge für Veranstaltungen. Und die auch nur auf den letzten Drücker.

Dauerbrennerthemen und Schwerpunkthefte

In den vergangenen Jahren ist dennoch ei-

niges geschrieben worden. Es gab immer Auseinandersetzungen, die sich in der Zeitung wieder gefunden haben und die das Erscheinungsbild prägten.
Die Sexismusdiskussionen in der Szene nahmen in den vergangen Jahren mit Abstand den relativ größten Raum ein. Diskussionen über falsche und richtige Positionen zur und in der Flora fallen dahinter deutlich zurück. In der jüngeren Vergangenheit tritt die Flora auch nur noch mit »fertigen« Positionen an die Öffentlichkeit. Über die Zeitung wird dabei kaum noch etwas zur Diskussion gestellt. Die Beiträge haben hier in der Zwischenzeit auch eher einen Verlautbarungscharakter.
Andere Themen können schon unter dem Punkt »Sonstiges« zusammengefasst werden: Kritiken über die Arbeit der Soligruppe zu den Durchsuchungen wegen der radikal am 15.6.1996, die Auseinandersetzung um den Nichtverkauf der Arranca Nr.8 durch den Schwarzmarkt oder des Paul und Paula-Textes in einer Ausgabe der Interim und die richtige Verhaltensweise bei einem Anquatschversuch seitens des Verfasssungsschutzes kamen nicht über drei Diskussionsbeiträge hinaus.
Wie gesagt, die einzigen Beispiele von etwas, was man wirklich Debatte nenn könnte waren die Sexismusdiskussionen in den Jahren 1994 und 1995 sowie die Auseinandersetzung um politischen Widerstand und Gegenkultur, die ungefähr im selben Zeitraum stattgefunden hat. Vor allem bei den Sexismusdiskussionen schloss sich eine Auseinandersetzung an die nächste an. Für den Zeitraum als diese in der Szene am intensivsten über die Zeck geführt wurde, konnte das Projekt für sich in Anspruch nehmen, tatsächlich so etwas wie ein Diskussionsblatt zu sein. Andere Themenbereichen waren stark von ihrer Konjunktur in der Roten Flora abhängig. Nachdem beispielsweise Flüchtlinge aus Ex-Jugoslawien die Flora als Refugium für sich nutzen wollten, gab es darum eine Debatte, die auch in der Zeck geführt wurde. Mit der aufkommenden Drogenszene an der Roten Flora und im Schanzenviertel gibt es immer wider mal ein zwei Beiträge, die sich mit Ausgrenzung der Drogenszene, Vertreibungspolitik und der Druckraumforderung auseinandersetzen.
Um den Problemen der inhaltlichen Leere ein wenig entgegenzutreten, wurde von Seiten der Redaktion immer wieder versucht den ein oder anderen Schwerpunkt anzuleiern. Das klappte mal mehr mal weniger gut, auf jeden Fall bekam man dafür aber keine Resonanz. Im Bekanntenkreis gab es natürlich immer die ein oder andere Stimme, aber es war dann irgendwann klar, dass von außen in größerem Umfang nichts zu erwarten ist. Das Konzept der Schwerpunkthefte beruht allerdings auch darauf, dass die Redaktion diesen Schwerpunkt entwickelt und dann im Heft darstellt. Insofern müsste sich für eine Diskussion einzelne Gruppen an diese Schwerpunktthemen dranhängen. Zwar gab es eine Menge Lob für den Schwerpunkt zur Wehrmachtsausstellung, das Thema wurde von uns auch als präsent in der autonomen Linken wahrgenommen, Reaktionen bekamen wir aber - auch hier - nicht.
Andersherum haben wir als Zeitung die Auseinandersetzung zum Antisemitismus im freien Radio bei fsk verschlafen. Zwar druckten wir einige Beiträge aus den Hamburger Lokalberichten nach, wir haben es aber nicht geschafft, der Auseinandersetzung hier den ihr gebührenden Raum in der Zeitung zu geben.
Nachdem uns dann die Produktion von Schwerpunktheften zuviel wurde, gingen wir dazu über, Interviews mit verschiedenen Gruppen zu führen, die wir dann in der Zeitung veröffentlichten. Wir bekamen vom Höhrensagen mit, dass das Gespräch über Antifa-Strategien von verschiedenen Seiten stark kritisiert wurde. Eine schriftliche Reaktion erreichte uns indes nicht. Die Diskussionsrunde über den Sinn oder Unsinn von Vertragsverhandlungen zwischen Flora und Stadt wurde immerhin von der MoPo aufgegriffen. Eigentlich wollen wir für die ja nicht arbeiten - aber es ist doch immerhin etwas.

Ausblick

Die Aufgabe eines Info-Blattes erfüllt die Zeck nicht mehr. Wer auf dem laufenden sein will ist besser beraten sich bei nadir oder einer anderen der diversen linken Webseiten laufend zu informieren. Für eine schnelle Szene ist die Zeitung zu langsam und schwerfällig. Bis die Zeitung erscheint sind die Termine, die in ihr enthalten sind bereits teilweise gelaufen. Dazu kommt, dass Termine nicht mehr vollständig in der Zeck angegeben werden (können). Es gibt dann nur noch die längeren Textbeiträge, die online nicht gelesen werden. Und von denen gibt es leider nicht derart viele, dass jeden Monat eine Zeitung auf den Markt geworfen werden kann, die dann auch einen interessanten Inhalt hat
Offen ist, ob die Zeck noch die Zeitung der Szene ist, bzw. an wen sie sich richtet. Sicherlich gibt sie der Flora ein Medium, ein bestimmtes Personensegment jeden Monat zu erreichen; die Auflagen sind größtenteils vergriffen. Die Frage, wer die Zeck liest, ist allerdings so alt, wie die Zeck selbst. Öfters findet man die Zeitung auf den verschiedenen WG-Klos. Es ist auch zu beobachten, dass Leute die Zeitung in Kneipen durchblättern, wenn sie noch auf ihre Verabredung warten. Überhaupt schließt die Zeitung (vielleicht) eine Lücke für die Ex-Szene-Mitglieder und die Sich-halb-Verabschiedenden, für die sie ein wichtiges Medium ist, die Neugier zu befriedigen, wohin denn »die Jungen« und »Nachgekommenen« den Karren steuern, dem mensch sich irgendwie sentimental verbunden fühlt. SchanzenviertelbewohnerInnen und linksliberales Umfeld haben mit der Zeck die seltene Möglichkeit, einen Blick zu erheischen auf Diskussionen, die sonst allzu oft rein gemeinde-intern geführt werden. Und einmal traf ein Redakteur ein Rentnerehepaar in der S-Bahn, das mit der Lektüre einer Ausgabe beschäftigt gewesen ist. Verschiedentlich wird geäußert, dass das Projekt sich darauf beschränken könne, nur die Termine der Flora zu veröffentlichen und Schluss. Und dann gibt es natürlich auch die Durchhalteparolen, die lauten: Wenn alles den Bach runter geht, muss wenigstens die Zeck weiter erscheinen und das auch regelmäßig und so weiter und so fort.
Die Frage nach Sinn und Zweck der Zeck wird man wohl nicht beantworten können. Nicht jetzt und wahrscheinlich auch nicht bei der Nummer 200. Welche Relevanz die Zeitung hat, wie wichtig die einzelnen Beiträge für Einzelpersonen und Zusammenhänge sind, wissen wir letztlich nicht. Es wäre aber sicherlich förderlich, wenn die Leute, die mal ein Interesse an linker Debattenkultur geäußert haben ihre Zweifel und Fragen an linker Politik in Texte gießen und zur Diskussion stellen würden. Sonst wird es bis zur 200. Ausgabe ein langer und karger Weg.
Die Zeck ist immerhin ein Medium, in dem Debatten anonym möglich sind. Insofern fallen dumme Texte nicht auf die VerfasserInnen zurück. Wobei wir natürlich nicht alles veröffentlichen.

Die Red.

Eurhythmie? Auf die Füße treten!

Kretschmer, die Stadt, der Standort und Gentrification

Pressemitteilung der Roten Flora vom 19.06.2001

In den letzten zwei Monaten ist Klausmartin Kretschmer zur Zielscheibe von Kritik aus verschiedenen Richtungen geworden. Uns ist es wichtig klarzumachen, dass es verkürzt wäre, die Kritik allein auf Kretschmer als Person zu richten. Stattdessen muss gesehen werden, dass sich seine privaten ökonomischen Interessen mit den StandortInteressen der Stadt überschneiden und er gerade deshalb von der Stadt protegiert wird. die Stadt, der Standort und Gentrification Eines der primären Ziele städtischer Politik ist heute die Sicherung und Aufwertung des eigenen Wirtschaftsstandorts. In einigen für den neoliberalen Standortwettbewerb zentralen Wirtschaftszweigen gehen Arbeit und Leben/Freizeit immer mehr ineinander über bzw. liegen geografisch näher beieinander. Dadurch gewinnen gegenüber den harten Standortfaktoren wie Gewerbesteuern, städtischen Subventionen und Infrastruktur besonders in Metropolen wie Hamburg weiche Standortfaktoren wie Kulturangebot, Gastronomie, Urbanität immer mehr an Gewicht. Diese weichen Standortfaktoren sind dabei allerdings nur insofern interessant, als sie ein ganz bestimmtes Klientel ansprechen, nämlich diejenigen Arbeitskräfte, die im KonkurrenzKampf der Metropolen zentrale Rollen spielen. Für die MedienStadt Hamburg ist das heute unter anderem die NewEconomyBranche. Um im Standortwettbewerb die Nase vorn zu behalten, muss Stadtentwicklungspolitik darauf abzielen, interessante Stadtteile bzw. solche, die das Potential dazu haben, für genau solche Klientel nutzbar und attraktiv zu machen. Diese Politik zeigt sich im Moment besonders deutlich im Schanzenviertel.

Dabei haben sich die Strategien, die von Stadtentwicklungspolitik zum Zweck der Aufwertung von Stadtteilen verfolgt wurden, in den letzten 10 bis 15 Jahren aus mehreren Gründen qualitativ verändert. Zum einen gab es die Erfahrung, dass eine Umstrukturierungspolitik mit der Brechstange mitunter zu massivem Widerstand führen kann: Der Versuch, Ende der 80er im damals noch relativ verarmten Schanzenviertel ein MusicalTheater für Besserverdienende anzusiedeln, endete mit der von breiten Teilen der Bevölkerung unterstützten Besetzung des alten Flora-Theaters. Zum anderen hat sich gezeigt, dass gerade alternativ und subkulturell geprägte Stadtteile wie z.B. das Schanzenviertel mit ein bisschen staatlichem Nachhelfen fast von selbst und insofern sehr kostengünstig einen schleichenden AufwertungsProzess durchlaufen, bei dem alternative Strukturen, multikulti-Flair und Sub-Kultur gerade der Motor für eine Entwicklung sind, die genau dies irgendwann selbst verdrängt. Dieser Prozess wird oft mit dem Begriff Gentrification bezeichnet.

Deshalb betreibt die Stadt heute sog. »soziale Stadtteilentwicklung«: Über die von ihr eigens dazu gegründete STEG (Stadtentwicklungs- und Erneuerung-Gesellschaft) versucht die Stadt Umstrukturierung den AnwohnerInnen schmackhaft oder zumindest akzeptabel zu machen. Über BürgerInnen-Nähe und vermeintliche BürgerInnenbeteiligung (wie z.B. durch die »AG Umgestaltung Schulterblatt«) wird den Menschen vorgegaukelt, sie könnten an wesentlichen Punkten die Entwicklung des Aufwertungsprozesses mitbestimmen. Die Erfahrung hat bestätigt, dass dabei immer diejenigen Vorschläge, die in die AufwertungsInteressen der Stadt hineinpassen, aufgenommen werden, alle anderen sang- und klanglos verschwinden. So wird damit im Idealfall nicht nur potentieller Widerstand von Anfang an ausgebremst, sondern auch das Engagement der BewohnerInnen als Ideenpool für einen Prozess nutzbar gemacht, der sie selbst langfristig verdrängt. Parallel zu dieser integrierenden Bewegung werden bestimmte Gruppen, die schon jetzt nicht mehr ins Bild passen (wie Obdachlose, KonsumentInnen illegalisierter Drogen und Menschen schwarzer Hautfarbe) von solchen Beteiligungsverfahren ausgeschlossen und stattdessen zum Sicherheitsrisiko erklärt und immer weiter kriminalisiert und vertrieben oder abgeschoben. Längerfristig werden aber auch alle, die sich die überproportional steigenden Mieten nicht mehr leisten können, verdrängt. Das BeteiligungsAngebot an große Teile der AnwohnerInnen ist also immer nur die andere Seite von Ausgrenzung und Verdrängung derer, für die das Angebot eben nicht gilt. Und aus diesem Grund hat die Flora auch jede solche Beteiligung konsequent abgelehnt. der private Investor und die Stadt.



Doch für die Durchsetzung von Aufwertungsprozessen ist nicht nur ein Akzeptanz-Management á la STEG wichtig sondern auch private Investoren. Zum einen braucht die Stadt Menschen oder Firmen, die in die betreffenden Stadtteile ihr Geld investieren, zum anderen folgt aus der Sachzwang-Logik des Neoliberalismus, die Steuerungsinstrumente für solche Aufwertungsprozesse selbst zunehmend in private Hände zu geben. Das tut der verfolgten Politik vor allem deshalb keinen Abbruch, weil die ökonomischen Interessen der privaten Investoren meist mit den StandortInteressen der Stadt zusammenpassen: Wenn z.B. die Überwachung und Kontrolle der Innenstädte immer mehr von privaten Sicherheitsdiensten übernommen und dadurch auch verschärft wird, so dient das im Denken der dort ansässigen Gewerbetreibenden ihrem Umsatz genauso wie im Denken der Metropolen dem Standort.

Der Verkauf der Flora an Klausmartin Kretschmer passt wunderbar in diese Entwicklung: Das, was die STEG in zehn Jahren nicht geschafft hat, nämlich die Rote Flora zu befrieden, soll jetzt der private Investor übernehmen. Durch die Privatisierung von gesellschaftlichen Konflikten wird vor allem auch eine Entpolitisierung dieser Konflikte angestrebt. Der Legitimationsdruck für eine Politik, die sich mehr an Standortkriterien orientiert als an den Bedürfnissen der Menschen, soll aufgelöst werden, indem die Verantwortung für diese Politik privatisiert wird: Wenn ein privater Investor ausschließlich nach ökonomische Gesichtspunkten agiert – wer sollte ihm das übel nehmen?

Auch wenn Kretschmer offensichtlich deutlich skrupelloser vorgeht als die STEG, verfolgt er doch eine ähnliche Strategie: Diejenigen, die für seine kulturellö-

konomischen Interessen nützlich sind, versucht er zu integrieren – solange sie dazu nützlich sind - die anderen werden übergangen, verdrängt, über den Tisch gezogen. Solange eine bestimmte Sub-Kultur Ambiente und Anziehungspunkte schafft, die (ob gewollt oder ungewollt) als Motor für eine Aufwertung dienlich sind – wie z.B. im Moment Flora oder Pudels – wird versucht Kontakt aufzunehmen und gemeinsame Projekte aufzuziehen. Ist der Aufwertungsprozess einen Schritt weiter, werden diese Projekte genauso wie viele andere jetzt schon über den Tisch gezogen oder plattgemacht.
Wenn der Anthroposoph Kretschmer Orte wie die Flora als »Kraftorte« bezeichnet, so meint er damit offensichtlich das Bronx-Feeling für Besserverdienende, mit dem sich prima Geld machen lässt. Und so wie im Schanzenviertel soll offenbar auch in St. Pauli Süd die Mischung aus sozialer Ungleichheit und Subkultur zur interessanten, authentischen Hintergrundkulisse für ein chices und kaufkräftiges Publikum gemacht werden. Kretschmer und wir
Damit ist klar, was vom selbst ernannten Wohltäter Klausmartin Kretschmer zu halten ist. Eine Zusammenarbeit kann nie die von ihm oft vorgetäuschte gleichberechtigte Partnerschaft sein, da er als Investor, rechtlicher Besitzer und von der Stadt Protegierter immer in der machtvolleren Position steht. Vor allem aber bedeutet eine solche Zusammenarbeit sich zum Teil des beschriebenen Zusammenspiels von Aufwertung, Integration und Verdrängung machen zu lassen.Deshalb fordern wir alle kulturellen und politischen Projekte und Initiativen auf, jeden Annäherungsversuch von Kretschmer konsequent abzublocken. Lasst die Spaltungs- und Vereinnahmungs-Politik von Stadt, Kretschmer und Konsorten ins Leere laufen!
Kretschmer will Eurhythmie mit »Kraftorten, die Energien bündeln« – wir werden ihm dabei solange auf die Füße treten bis er sein – wie er es nennt -«Gutes im Stillen tun« für sich behält!

Kretschmer, wir dissen dich!

Rote Flora 19. Juni 2001

Rote Flora

Kassandra-Rufe aus der Schanze

Am 25. April diesen Jahres wurde die Rote Flora durch den Hamburger Senat an einen privaten Investor verkauft. Aus Sicht der Stadt sollen damit die nunmehr fast zwöf Jahre andauernden »Ärgernisse« um das selbstverwaltete Zentrum im Schanzenviertel beendet werden.
Für die NutzerInnen der Roten Flora bedeutet dies, daß sie nicht nur das einzige besetzte Kulturzentrum Hamburgs betreiben, sondern zugleich auch das erste privatisierte Stadtteilkulturzentrum der Stadt sind. Entgegen der Absichterklärungen der politisch Verantwortlichen und trotz der gegenteiligen Bekundungen des (formal) neuen Besitzers ist damit die Zukunft der Roten Flora keineswegs langfristig gesichert. Auf dem Spiel steht vielmehr die politische und organisatorische Autonomie eines Projekts, das sich bewußt und ausdrücklich in den letzten 12 Jahren seines Bestehens als Teil einer radikalen linken Gegenöffentlichkeit verstanden hat. In diesem Sinne ist die politische und kulturelle Arbeit, die verschiedenste Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen in der Roten Flora leisten, ein Beitrag dazu, auch im Zeitalter neoliberaler (Neu-)Organisation gesellschaftliche Alternativen auf der Tagesordnung zu halten.
Als im September 1989 die Rote Flora ihre Pforten im Schanzenviertel öffnete, stand das Projekt ganz unter dem Vorzeichen der erfolgreichen Verhinderung des Kommerzmusicals »Phantom der Oper« - die Flora stellte den Versuch dar, die eigene Vorstellung nichtkommerzieller Kultur praktisch werden zu lassen. Gleichzeitig war die Flora ein Ort, an dem die Auseinandersetzung um die Stadtentwicklungspolitik Hamburgs fortgeführt wurden. 1989/90 gab es Veröffentlichungen und Veranstaltungen zu den damals neuen Grundsätzen sogenannter »behutsamer Stadterneuerung«, die u.a. im Schanzenviertel unter Federführung der extra gegründeten »Stadterneuerungsgesellschaft« (STEG) umgesetzt werden sollten. Unter dem Schlagwort »Umstrukturierung« erkannten die damaligen AktivistInnen der Flora in dieser Politik eine Sanierungspolitik, deren Perspektiven vor allem auf die zukünftigen Rahmenbedingungen ökonomischer Standortpolitik der Stadt Hamburg ausgerichtet waren. Im europäischen Wettbewerb der Metropolen war (und ist) das Schanzenviertel mit seiner Altbaustruktur und seinem alternativen Flair bevorzugter Standort der umworbenen »Neuen Branchen« der Informationstechnologien. Was heute also ein Gemeinplatz ist, nämlich die rasante Veränderung des Stadtteils durch die forcierte Ansiedlung der Neuen-Medien-Branche, wurde damals außerhalb der Flora noch als Verschwörungstheorien überspannter Autonomer abgetan.
Gute 12 Jahre später muß allerdings auch konstatiert werden, daß die Rote Flora selbst als Schnittstelle zwischen Subkultur und öffentlichen Veranstaltungsort durchaus ein Aufwertungsfaktor in einer Entwicklung war, die das Projekt zugleich politisch bekämpft hat. Immerhin waren sich die FloristInnen über diesen Widerspruch relativ früh klar. Und wenn seit ca. 1993/94 deutlich war, daß diese Entwicklung im Schanzenviertel nicht aufzuhalten war, wollte die Flora nicht kriterienlos die Kulisse für die Inszenierung urbaner Subkultur abgeben. Das schlug sich in internen Organisationsstrukturen nieder, die bis heute Bestand haben: keine Bezahlung für das Engagement in der Flora, keine Einrichtung fester Stellen. Die laufenden Betriebskosten werden selbst aufgebracht, keine Inanspruchnahme städtischer Gelder dafür, um den Erhalt maximaler Unabhängigkeit sicherzustellen. Alle Entscheidungsprozesse sind kollektiv und bei besonderer Relevanz (stadtteil-)öffentlich. Schließlich soll die Nutzung der Räumlichkeiten flexibel sein, die Flora soll immer genau der Ausdruck dessen sein, was Menschen an Engagement in sie hineintragen. Tatsächlich haben sich diese Grundsätze bis heute erfolgreich gegen alle wohlgemeinten und weniger wohlgemeinten Professionalisierungsvorschläge von außen verteidigen lassen. Diese halsstarrige Resistenz hat dem Projekt in kultureller wie politischer Hinsicht eine Autonomie bewahrt, die taktische Rücksichtnahmen (z.B. wegen drohender Kürzung von Fördergeldern) weitgehend obsolet gemacht hat.
Aus diesem Grund ist die Flora in den letzten vier Jahren auch wieder verstärkt im politischen Kontext aktiv gewesen, in dem sie sich gegen die Art und Weise der vermeintlichen Lösung der Drogenproblematik im Schanzenviertel gestellt hat. Denn diese Problematik steht im Zusammenhang zum Eingangs kurz erwähnten Schlagwort des »Neoliberalismus« und der Antwort auf die exemplarische Frage, wie in Zukunft gesellschaftliche Widersprüche gelöst werden sollen. Und das ist ein Konfliktfeld, das zum ureigensten Terrain einer politischer Stadtteilkultur zählt, die interveniert und im besten Sinne Gegenöffentlichkeit organisiert. Gerade im Schanzenviertel ist der Widerspruch zwischen dem ökonomisch prosperierenden Medienstandort und der zunehmenden Verarmung und Verelendung im Straßen-

bild unübersehbar. Und damit ist die Situation im Stadtteil prototypisch für eine gesellschaftliche Entwicklung, die z.B. Ungleichheit und Armut nicht aufhebt in einen gesellschaftlichen Konsens einer verantwortlichen Solidargemeinschaft, sondern vielmehr die Stigmatisierung und den Auschluß von jenen organisiert, die sich nicht dem Primat ökonomisch verwertbarer Nützlichkeit unterwerfen können oder wollen.

Der sichtbare Ausdruck des dazugehörigen gesellschaftlichen Paradigmenwechsels ist beispielsweise in Hamburg der sich anbahnende Erfolg von politischen Grobmotorikern wie Ronald Schill und seiner Partei »PRO«. Deren Rezepte, soziale Probleme und gesellschaftliche Konflikte nur noch unter den Vorzeichen repressiver Kontroll- und Überwachungsszenarien zu debattieren, stoßen auf zunehmende Akzeptanz. Im übrigen ist dieser behauptete Paradigmenwechsel bis in den Bereich soziokultureller Arbeit in Hamburg durchgeschlagen: längst haben sich Einrichtungen damit abgefunden, daß Mittelzuweisungen zu Teilen an den Maßstab »erfolgreicher« Arbeit geknüpft sind. Über die systematische Förderung des Sponsoring durch private Dritte wächst allmählich der Einfluß von Erwägungen, in denen kulturpolitische Projekte unter dem Aspekt des imagefördernden Werbewerts für private Geldgeber bewertet werden.

Als sich die Rote Flora Anfang diesen Jahres gegen Verhandlungen und Verträge mit der Stadt ausgesprochen hat, ging es darum, genau diese Logik des Sachzwangs und die vermeintliche Notwendigkeit des »Mitmachens« in frage zu stellen. Warum nach über zwölf Jahren eigentlich so dringend Verträge mit der Stadt her mussten, vermochte letztlich auch die Stadt nicht zu begründen. Nicht ohne Grund hat der Senat versucht, sich des Problems am Ende durch einen Verkauf an einen Privatinvestor, den Immobilienkaufmann Klausmartin Kretschmer, zu entledigen.

Für das Projekt »Rote Flora« ist die Situation natürlich mittlerweile bizarr: nach der Verhinderung des Kommerzprojekts eines Privatinvestors und nach lang andauernder Arbeit ohne jegliche Reglementierung und Einflußnahme durch Dritte sich plötzlich im formalen Besitz einer Einzelperson zu befinden, erscheint wie die späte Rache der Stadt Hamburg an den ungeliebten BesetzerInnen im Schulterblatt. Fakt ist, daß sich der Neubesitzer vor dem Kauf der Flora mit den aktuellen NutzerInnen nicht in Verbindung gesetzt hat, zuletzt seine Kaufabsichten sogar gegen den erklärten Willen der FloristInnen durchgezogen hat. Mit dieser Ignoranz gegenüber den Strukturen eines selbstverwalteten und funktionierenden Projekts hat sich Kretschmer gleich zu Beginn seiner vermutlich nicht sehr erfolgreichen Zeit als »Besitzer« der Roten Flora ins Abseits gestellt. Seine Hoffnung, über materielle Versprechungen die Gemüter zu beruhigen, wird ebenfalls wenig Erfolg haben - wäre es ums Geld in der Vergangenheit gegangen, hätten die Flora seit 1993 regelmäßige Fördergelder aus den Zuwendungen der Stadtteilkulturförderung der Kulturbehörde haben können.

So bleibt also vorläufig mit der Roten Flora alles beim Alten: niemand hört auf das, was die Flora sagt, und die Flora sagt nicht, was alle hören wollen. Aber es besteht die berechtigte Hoffnung, daß das subversive Potential der Flora deswegen keinen Schaden nimmt. Das ist nämlich der Charme des Subversiven: es ist für alle Beteiligten nicht berechenbar....

(Hinweis der Redaktion: Dieser Beitrag ist der aktuellen Zeitung des »Hamburger Verband Soziokultur«, der QUERLIGHT entnommen, die auch ein Interview mit dem »Flora-Käufer« Kretschmer dort veröffentlicht hat)



Testen – Normieren – Kontrollieren

CSD e.V. übt politische Zensur aus

Bei der diesjährigen Christopher-Street-Day-Parade in Hamburg (9.6.) wurde versucht, die Wagen des Bündnisses für einen politischen CSD durch Polizei-Einheiten und Ordner des CSD e.V. aus der Parade zu drängen.
Das Bündnis für einen politischen CSD, das sich unter dem Namen »Abnormals Anonymous« zusammengeschlossen hatte, hat unter dem Motto »Normkontrolle« gegen polizeiliche Razzien, gegen zunehmende staatliche Repression gegenüber unerwünschtem Verhalten sowie gegen biologistische Normierungen von Menschen im allgemeinen und von Schwulen, Lesben und transgender Menschen im besonderen protestiert.
Den OrganisatorInnen der CSD-Parade war dies offensichtlich ein Dorn im Auge und sie versuchten, politische Zensur auszuüben. Unter dem Vorwurf, ein oder gar zwei Ordner seien von der Person, die den Kleinwagen gefahren hat, angefahren worden, wurde die Polizei von OrganisatorInnen des CSD höchstpersönlich bemüht, den Kleinwagen aus der Parade zu entfernen. An der Kreuzung Steinstraße/Steintorwall, an der nur wenige PassantInnen standen, stürmten 30 PolizistInnen in Kampfuniform mit teilweise geschlossenem Visier und gezogenen Schlagstöcken um ca. 14 Uhr im Auftrag des CSD. e.V. den als »Genlabor« dekorierten zweiten Wagen, stellten die Personalien der Person, die den Wagen gefahren hat, und verschiedener auf der Pritsche befindlicher Personen fest. Durch das beherzte und energische Auftreten der »Abnormals Anonymous« und das Dazwischentreten anderer TeilnehmerInnen der Parade ließ die Polizei schließlich mit der Bemerkung, dies sei das falsche Fahrzeug, von dem Wagen ab. Zu diesem Zeitpunkt hatte der Kleinwagen die Parade bereits verlassen und wurde in der Ost-West-Straße von mehreren Polizeifahrzeugen vehement zum Stehen gebracht. Als Grund für diese Verkehrskontrolle wurde der Vorwurf gegen die Person, die den Wagen gefahren hat, erhoben, Körperverletzung und Fahrerflucht auf der Parade begangen zu haben. Nach Aufnahme der Personalien wurde die Person zu einem Alkoholtest gezwungen.

Wir stellen hierzu Folgendes fest:

Der Vorwurf, ein oder gar zwei Ordner wären von der Person, die den Kleinwagen gefahren hat, angefahren worden, ist absolut aus der Luft gegriffen und ein Vorwand, politische Zensur auszuüben. Dies lässt sich auch daran erkennen, dass zwischen dem vermeintlichen »Anfahren« und dem Vorwurf des Anfahrens fast zwei Stunden liegen, in denen die beiden Ordner sich körperlich uneingeschränkt auf der Parade bewegten. Die OrganisatorInnen des CSD verweigerten jede Gesprächsbereitschaft, da sich zumindest eine Mitarbeiterin in der Nähe des Wagens aufhielt, ohne auf die vermeintlich Fahrerflüchtigen zuzugehen.

Der Einsatz von bewaffneten Polizei-Truppen auf dieser Parade ist völlig unverhältnismäßig, um die Papiere und Fahrtauglichkeit einer Person zu überprüfen.
Der Versuch des CSD e.V., politische Zensur auf einer CSD-Parade auszuüben und sie von der Staatsmacht realisieren zu lassen, ist eine Anmaßung.
Die Behauptung des CSD e.V., er spreche für die Interessen aller Schwulen und Lesben und er entscheide, wer unter welchen Bedingungen auf der CSD-Parade mitlaufen dürfe und wer nicht, ist nicht hinzunehmen. Es gibt kein Monopol des CSD e.V., für die Interessen von Schwulen, Lesben und transgender Menschen zu sprechen.
Die Anmaßung des CSD e.V., eine Gebühr (!) für die Teilnahme an einer politischen Demonstration zu erheben, ist ein bitterer Ausdruck des Ausverkaufs einer politischen Bewegung an den Kommerz. So wird schon im Vorfeld eine politische Zensur ausgeübt, da viele politische Gruppen eben nicht das Geld aufbringen können, einen Wagen zu finanzieren und auch noch eine Teilnahmegebühr zu entrichten. Dies ist bereits beim letzten CSD deutlich geworden, an dem zahlreiche Lesben-Gruppen wegen der finanziellen Anforderungen nicht mit einem eigenen Wagen teilnehmen konnten.
Der CSD wird gefeiert, um an den Aufstand von Schwulen und Lesben, Dragqueens, Prostituierten und Strichern gegen eine Razzia der New Yorker Polizei im Stonewall Inn in der Christopher Street 1969 zu erinnern.
Wir sprechen dem CSD e.V., das Recht ab, sich auf dieses historische Ereignis zu beziehen.
Wir fordern die sofortige Einstellung des Ermittlungsverfahrens wegen Körperverletzung und Fahrerflucht.

Abnormals Anonymous - Bündnis für einen politischen CSD

Kontakt zum Bündnis:
baustelle_hh@yahoo.de

Städtische Modernisierung und Restlinke

Zur Auseinandersetzungen um die Rote Flora in Hamburg

Nachdem Hamburg Anfang der achtziger Jahre im Bundesvergleich von der ökonomischen Spitze ins Mittelfeld abgerutscht war, hielt der damalige SPD Bürgermeister Klaus von Dohnanyi 1983 vor dem Überseeclub eine einschneidende Rede. Bei dem Überseeclub handelt es sich um den Szenetreff der ökonomischen Elite Hamburgs. Dohnanyi setzte sich in seiner Ansprache von dem sozialdemokratischen Modell der gesellschaftsübergreifenden Daseinsfürsorge ab, indem er das Leitbild einer »Unternehmensstadt« propagierte. Die Stadt wurde fortan als regionaler Wettbewerbsstaat gesehen, der wie ein Unternehmen um Marktanteile und Profite kämpft. Nicht mehr die unmittelbare ökonomische Aktivität durch städtische Unternehmen und die Vergabe von direkten Subventionen stand auf der politischen Tagesordnung, sondern die Schaffung eines wirtschaftsfreundlichen Investitionsklimas. Die Zusammenarbeit von Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Verwaltung wurde durch privatwirtschaftlich organisierte Wirtschaftsförderungsgesellschaften gestärkt. Dabei bestimmt die Handelskammer, wie die privaten Förderungsgesellschaften arbeiten, während der Senat die notwendigen Mittel bereit stellt. Gleichzeitig wurden in Folge des relativen Niedergangs des wirtschaftlichen Konglomarats von Hafen, Handel, Werft- und Schwerindustrie gezielt zukunftsträchtige Branchen wie Kommunikationstechnologien, Medizintechnik, Flugzeugbau oder die Medienindustrie aufgebaut und gefördert. Außerdem versucht der Senat, die sogenannten weichen Standortfaktoren wie Wohnqualität, Freizeit und Kultur zu stärken, damit sich die neuen Mittelschichten in Hamburg wohlfühlen. Diese Strategie war bisher ökonomisch recht erfolgreich, so dass sie bundesweit zum Allgemeingut neo-liberaler Standortpolitiker geworden ist.

Die Ziele seiner gegenwärtigen Umstrukturierungspolitik hat der rot-grüne Hamburger Senat in Person seines Bürgermeisters Ortwin Runde wiederum in einer Rede vor dem Überseeclub offen gelegt. Rundes Ansichten aus dem Jahr 2000 knüpfen an die von Dohnanyi eingeleitete Politik an. Unter dem Titel »Aufbruch in die Wissensgesellschaft: Hamburg gestaltet Zukunft« wird konstatiert, dass Hamburg unter den deutschen Städten die Nummer eins in der Informationstechnologie und der Multimedia-Wirtschaft ist. Die jetzt 60.000 Beschäftigten in diesem Bereich sollen in Zukunft noch einmal verdoppelt werden. Dafür mahnt Runde auch eine Ausbildungsoffensive an, damit der Neuen Ökonomie die Arbeitskräfte nicht ausgehen. In diesem Zusammenhang wirbt er vor der Kapitalelite für eine solidarische Stadt, in der »jeder seine Chance bekommt». Dieses Konzept einer sozialen Stadt verweist auf die zwischenzeitlich aufgetretenen Probleme der neoliberalen Umstrukturierung. Die gesellschaftliche Polarisierung soll abgefedert oder zumindest kaschiert werden, um den sozialen Frieden zu sichern und eine ausreichende Zahl von qualifizierten Arbeitskräften bereit zu halten.

Runde appelliert dabei nicht nur an die vermeintlich klugen, weil ausgleichenden Fraktionen des Kapitals, sondern seine Rede offenbart auch bei der Analyse der Mikroebene eine differenzierte Einschätzung der sozioökonomischen Entwicklung. In einem Rundumschlag lobt Runde das multikulturelle und alternative Flair des Schanzenviertels. »Und», so Runde, »es ist doch hoch spannend, wohin es die jungen und kreativen Leute aus den neuen Branchen zieht. Es zieht sie ins Schanzenviertel, ... wo sich Urbanität entfalten kann, wo durch das Miteinander des Ungleichen und Ungleichzeitigen eine kreative Spannung entsteht.« Ein Vertreter der Handelskammer stellte sich in der Debatte nach den Krawallen in der Nach zum 1. Mai 2000 sogar ausdrücklich hinter das autonome Stadtteilzentrum Rote Flora: »Wer die Schanze kennt, weiß, daß die Flora dort nicht als Fremdkörper empfunden wird – auch nicht von den Gewerbetreibenden vor Ort. ... Die Flora ist mit ihrem morbiden Charme sogar zu einem Image-Faktor für das Viertel geworden. ... Für die Gewerbetreibenden ist die negative Berichterstattung einiger Medien weitaus schädlicher als die Ausschreitungen.«

Was war in den letzten beiden Jahrzehnten geschehen? Als 1987 auf dem Höhepunkt des Kampfes um die Hafenstraße in der linksradikalen Szene das Senatspapier zur »Westlichen Innenstadt« (die von den teilweise links-alternativ orientierten neuen Mittelschichten geprägten Quartiere Hamburgs, das Schanzenviertel, St. Pauli, Ottensen und Eimsbüttel, grenzen im Westen an das eigentliche Stadtzentrum) kursierte, schien für die Linke die Sache klar: Die städtisch geplante Wohnaufwertung in den hippen, jedoch teilweise noch von urbaner Armut geprägten Altbauvierteln sollte nicht nur der Standortökonomie dienen, sondern dadurch würde auch die in den Vierteln organisierte alternative und linksradikale Szene »zerschlagen». In diesem Zusammenhang entstand die Parole, »Den Widerstand in den Vierteln organisieren». Nicht nur wurden damals die Hafenstraße und weitere Wohnprojekte durchgesetzt, auch die Rote Flora im Schanzenviertel konnte 1989/90 dem Senat abgetrotzt werden. Zum letzten Mal scheiterte damals die offensichtliche Strategie des Senats, gegen die Wünsche der lokalen Bevölkerung, einschließlich der kleinen Gewerbetreibenden aus Handel und Handwerk, ein Großprojekt durchzusetzen. Der ursprünglich geplante Musicalpalast mußte einen Kilometer Luftlinie entfernt neu errichtet werden. Wobei schon damals deutlich wurde, daß es an dem neuen Musicalstandort in Altona-Nord nicht mehr gelang, ein Bündnis von städtischer, teilweise studentisch geprägter Linker und KleinbürgerInnen zu organisieren. Dies war auch darauf zurück zu führen, daß viele Linke nur aus dem Gesichtsfeld ihres eigenen Hinterhofes Politik machten.

Seit der Auseinandersetzungen um den Musicalpalast ist die Rote Flora besetzt, selbstverwaltet und von der Stadt geduldet. In den letzten Jahren gilt die Rote Flora insbesondere in der Kulturszene als angesagte location für Feten und Konzerte. Die Durchsetzung der Roten Flora kann aus Sicht der Viertellinken als Paradebeispiel einer erfolgreichen Verknüpfung der Ablehnung der Senatspolitik durch ein traditionell-kleinbürgerliches, auf Besitzstandswahrung bedachtes Milieu und des militanten Kampfes linker AktivistInnen gelten. Wobei die Verhinderung des Musicalpalastes im Schanzenviertel oder die Durchsetzung der Hafenstraße von vielen Linken primär auf die eigene Stärke zurückgeführt wurde und nicht hinreichend bestimmt wurde, inwieweit den entsprechenden Senatsentscheidungen auch eine Befriedungsstrategie oder eine Abwägung politischer Risiken zugrunde lag.

Die Soziale Stadt

Diese Entwicklungen begünstigten den weiteren Aufstieg der Hamburger Grünen zu einer Regierungspartie. Der SPD-Senat sah sich nach den schlechten Wahlergebnissen von 1991, 1993 und 1997 gezwungen, das sozialpolitische Ruder herumzureißen. Nicht nur ging der Stimmenanteil der SPD deutlich zurück, die im traditionell roten Hamburg früher einmal Stimmenanteile von über 50 Prozent eingefahren hatte. Die Wahlenthaltung in den proletarischen SPD-Hochburgen und der Stimmenanteil rechtsextremistischer Parteien nahmen sprunghaft zu. Deshalb legte

die SPD ab 1992 das Armutsbekämpfungsprogramm der »sozialen Stadt« auf, um die sogenannten »sozialen Brennpunkte« (gemeint sind damit u.a. eine hohe Konzentration von SozialhilfeempfängerInnen und MigrantInnen in einem Stadtviertel) zu beseitigen.
In diesem Zusammenhang leistete es sich der Hamburger Senat, kritische SozialwissenschaftlerInnen mit der Konzeptionierung und wissenschaftlichen Begleitung der Armutsbekämpfungsprogramme zu betrauen. Diese durften dem Senat nach Abschluß ihrer Studien vorhalten, die Stadt betreibe nicht mehr als innerstädtische Entwicklungshilfe. Die Sozialpolitik bleibe nur kompensatorisch, um die wettbewerbsorientierte Modernisierungspolitik abzusichern (vgl. Monika Alisch, Jens Dangschat, Armut und soziale Integration, 1998). Während die finanzielle Kluft zwischen der neuen Mittelklasse und den städtischen Armen weiter wächst, wird der Umbau des Sozialstaates vom sogenannten Wellfare- zum Workfare-Modell vorangetrieben: Soziale Transferleistungen in Form von Arbeits- oder Sozialhilfe erhalten nur noch diejenigen, die jede, und sei es auch die am schlechtesten bezahlte, Arbeit annehmen.
Während in der unmittelbaren Krise des Fordismus in den siebziger und achtziger Jahren die Sockelarbeitslosigkeit kontinuierlich zunahm, knüpft das Workfare-Modell gegenwärtig an den in absoluten Zahlen gemessenen Anstieg der Beschäftigung an. Nun kann auch in Westeuropa ein Phänomen beobachtet werden, das in den USA als arbeitende Arme bezeichnet wird. Deren Lohnarbeit ist einschließlich gegebenenfalls gewährter staatlicher Zuschüsse so schlecht bezahlt, daß sie nach dem Armutskriterium der OECD nicht einmal die Hälfte des gesellschaftlichen Durchschnittseinkommens erreichen. In der Bundesrepublik sind demnach mehr als ein Drittel verarmt, mit steigender Tendenz. So schließt sich der Kreis: Die ökonomische Umstrukturierung führt zu einer Polarisierung des Arbeitsplatzangebotes in hochwertige Beschäftigungsverhältnisse und einfache Dienstleistungen. Um die aus dem Fordismus stammende Tarifstruktur und deren Transferleistungen, wie das ehedem erträgliche Arbeitslosenversicherungssystem, aufzuknacken, wird der Zwang in die Arbeit zum bestimmenden Strukturmoment des Sozialstaates. Was sich dem als Protest beziehungsweise als allgemeine Verweigerung in den Weg stellen könnte oder in seiner räumlichen Konzentration (den »sozialen Brennpunkten») unübersehbar wird, bekommt außerdem ein Armutsbekämpfungsprogramm verpaßt. So kann sich die Hamburger SPD weiter als Partei des sozialen Ausgleichs gerieren und ist auch mit diesem Ansatz bundesweit ein Vorreiter.

Privatisierungspolitik

Die neoliberale Umstrukturierungspolitik des Senats zielt jedoch nicht nur auf die Ökonomie und die Sozialpolitik. Sie betrifft auch den Staat als solchen im Hinblick darauf, wie er seine Funktion als allgemeiner Ausschuß der Bourgeoisie wahrnimmt. Insbesondere die Wirtschafts-, Finanz- und Stadtentwicklungsbehörde treiben eine städtische Privatisierungspolitik voran, die auf vier Ebenen schon weit fortgeschritten ist:
1. Diverse städtische Unternehmen werden ausgegründet und privatisiert, von der Hochbahn bis zur Müllabfuhr. Durch diese Verkäufe sollen Schuldenlöcher gestopft, staatliche Ausgaben gesenkt, aber auch die allgemeine Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaft gestärkt werden, indem kein wirtschaftlicher Bereich von einem unmittelbaren Wettbewerb auf dem Markt befreit ist. Bei vielen der verkauften Unternehmen hat die Stadtverwaltung im Sinne der marktradikalen Grundentscheidung darauf verzichtet, noch unmittelbaren politischen Einfluss auf die ehemals städtischen Einrichtungen nehmen zu können.
2. Auch Teile der im engeren Sinne hoheitlichen Verwaltung, die nicht traditionell zu den durch die Stadt gewährleisteten ökonomischen Bereichen der Daseinsfürsorge gehören, werden privatisiert. Städtebauliche Entwicklungsträger, Wirtschaftsgesellschaften, die Vermarktung der Messe oder kulturelle Einrichtungen wurden entstaatlicht, um die städtische Verwaltung in den Bereichen der Standortpolitik an kommerziellen Rentabilitätskriterien auszurichten und zu flexibilisieren. Die Tatsache, daß die Handelskammer auf die organisatorische Ausgestaltung dieser privatisierten Verwaltungsteile einen erheblichen Einfluß hat, ist dabei zweitrangig. Was zählt, ist, daß sich die öffentliche Verwaltung nicht nur grundsätzlich an den Vorstellungen des Kapitals orientiert, sondern der Warenlogik in diesen Bereichen bis in die Organisationsform entspricht. Eine privatrechtlich organisierte Entwicklungsgesellschaft muß sich nämlich zu allererst an ihrem ökonomischen Erfolg messen lassen. Ihre Geschäftspolitik ist unmittelbar auf den Markt bezogen und läßt keinen substantiellen Freiraum für (sozial)politische Entscheidungen ihrer MitarbeiterInnen zu. Das Verhältnis zwischen der Wirtschaft und ihren politischen Statthaltern ist in Hamburg auch architektonisch versinnbildlicht. Das aus dem Ende des 19. Jahrhunderts stammende Rathaus der Hansestadt wurde zusammen mit dem Bürgerschaft genannten Parlament von den Hamburger Kaufleuten als Anbau an den Sitz der Handelsbörse und der Handelskammer gestiftet, mit der es eine einzige Gebäudeeinheit bildet. Historisch wurden in Hamburg Börse und Senat personell aus einer Hand betrieben.
3. Diejenigen Teile der Verwaltung, die in einem öffentlichen Organisationsverhältnis verbleiben, werden ebenfalls an Marktkriterien ausgerichtet. Seit sechs Jahren wurden die Verwaltungsbudgets jedes Jahr um bis zu zwanzig Prozent gekürzt, was nicht nur zu einer Reduktion der Aufgabenerfüllung führte, sondern auch mit einem massiven Personalabbau einherging. Dadurch werden, wie in flexibilisierten Industriebetrieben, die Arbeitsabläufe weitestgehend verdichtet. Diese sogenannte Konsolidierungspolitik wird mit leeren Kassen begründet. Sie ist jedoch darauf zurückzuführen, dass im internationalen Standortwettbewerb jeder nicht erhobene Steueranteil in Anschlag gebracht werden kann. Obwohl Hamburg als reichste Metropolenregion Europas gilt, sinkt das Steueraufkommen kontinuierlich, weil gerade die GroßverdienerInnen, so sie ihr Einkommen beispielsweise aus Unternehmensbeteiligungen beziehen, steuerlich kaum noch herangezogen werden.
4. Gleichzeitig wird auch das Verhältnis von Staat und BürgerInnen einem Privati-



z.B. Rote Flora
Öffentlicher Raum zwischen Privatisierung und Repression

Podiumsdiskussion
Dienstag 10. Juli, 19 Uhr
Hörsaal der HWP, Von-Melle-Park 9

Es diskutieren:
Meike Jäger, IG Medien/ver.di
Ein Vertreter der Gruppe demontage
Erdmann Prömmel, Kriminologe
Senfo Tonkam, Black Students Organisation/ African Refugees Association
Ted Gaier, Goldene Zitronen
Ein/e VertreterIn der Roten Flora
Veranstalter: Gruppe demontage

sierungsschub ausgesetzt. Anstatt beispielsweise durch das Kommunalparlament einen Bebauungsplan aufzustellen, werden im Rahmen sogenannter public-private-partnerships »Runde Tische« eingerichtet, die im vermeintlichen Konsens der wortgewandten und ökonomisch Einflußreichen Entscheidungen treffen. Die direkte Partizipation der BürgerInnen wird unter der Voraussetzung gewünscht, daß der ökonomische Standortwettbewerb und die damit einhergehende Privatisierungspolitik akzeptiert wird. Vor dem Hintergrund der links-alternativen Geschichte des Schanzen- und anderer Viertel greifen die Partizipationsansätze besonders gut, da sie einen Ausdruck der Verstaatlichung der Alternativbewegung darstellen. in der ideologischen Sphäre suggerieren sie basisbezogene Mitwirkungsmöglichkeiten, die jedoch den herrschenden Konsens nur etwas vielfältiger reproduzieren.

Auf einer weiteren Ebene fördert die Verwaltung im Rahmen des Standortwettbewerbes direkt die Selbstorganisierung der BürgerInnen. Sei es, um durch lokale Gewerbetreibende Sauberkeit und Ordnung durchsetzen zu lassen oder um in Sicherheitspartnerschaften Flüchtlingen die lokale Bewegungsfreiheit zu entziehen. Beliebt ist auch der Versuch, der grassierenden Armut durch Selbsthilfeprojekte zu begegnen die nicht viel kosten, jedoch bei den Betroffenen ein wohliges Gemeinschaftsgefühl erzeugen sollen. Während die politische Dynamik in den achtziger Jahren noch von den sogenannten neuen soziale Bewegungen geprägt war, setzt die herrschende Politik heute, bereichert um grüne Ansätze, auf Konzepte der Selbstaktivierung der BürgerInnen. Denn über eine solche Einbindung läßt sich besonders flexibel und umfassend auf soziale Widersprüche reagieren ohne daß das postfordistische Projekt in Frage gestellt wird.

Als Resultat dieser Privatisierungspolitik setzte eine »Entfesselung« des Kapitalverhältnisses ein: Die allseitige Flexibilisierung, Dezentralisierung, Atomisierung, Entdemokratisierung und Entrechtlichung nimmt zu. Martkmechanismen wirken unbegrenzt in Bereichen, die seit Aufkommen des fordistischen Regulationsmodells in den dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts durch staatliches Eingreifen kontrolliert worden waren. Damals wurde die volkswirtschaftliche Stabilität in den liberalen Ökonomien durch staatliche Regulationsinitiativen in Form des Keynesianismus wieder hergestellt. Hintergrund der Krise des Monopolkapitalismus im Übergang zum Fordismus war, daß sich der Markt in bezug auf Angebot und Nachfrage, wie in der Börsenkrise von 1929 deutlich wurde, nicht mehr selbst regulieren konnte. Parallel ermöglichte das Kapital durch ein Kooperationsverhältnis mit den LohnarbeiterInnen deren erweiterte Reproduktion im Sozialstaat. Dies näherte einerseits die Illusion, allein durch staatliche Kontrolle und Planung die Produktion zu einer unmittelbar gesellschaftlichen zu machen. Andererseits etablierte es im Staat einen Agenten, an den unmittelbar ökonomische Forderungen als gesellschaftliche Ansprüche gestellt werden konnten. Sowohl die außerökonomische Regulierung der Ökonomie als ganzes als auch die reproduktive Absicherung der Lohnarbeit im Sozialstaat werden im Postfordismus aufgegeben. Dieser heutige Neoliberalismus kann nicht mit dem liberalen Kapitalismus von vor hundert Jahren, der dem Fordismus vorausging, gleichgesetzt werden. Die jetzige Restrukturierungsphase entledigt sich zwar unter Wettbewerbsgesichtspunkten überkommener außerökonomischer Regulationsformen eines zentral planenden und steuernden Staates, es entwickeln sich jedoch auch die beschriebenen marktförmigen-partizipativen Hybridformen einer neuen rekapitalisierten Regulationsweise.

New Economy und Rote Flora

Im Hinblick auf das Schanzenviertel erklärt sich die alltägliche Politik des Hamburgischen Senats, insbesondere die gegenwärtig angewandten Regulationsformen, wenn die sozioökonomische Entwicklung des Schanzenviertels deutlicher wird. Das innenstadtnahe Schanzenviertel war im Fordismus proletarisch und kleinbürgerlich geprägt. Vorherrschend waren und sind mittelständische Unternehmen wie ehemals das Mont Blanc Werk, die Laue Gewürzfabrik oder auch heute noch der Schlachthof. Das Kleingewerbe in den Hinterhöfen diente häufig dem Schlachthof, während der ansässige Einzelhandel einen Einzugsbereich über das Viertel hinaus besitzt. Anzumerken wäre auch, daß die heutige Flora vor hundert Jahren als Varietétheater entstand und somit aus der ersten Phase der städtischen Kulturindustrie stammt.

Seit Beginn der achtziger Jahre setzte im Schanzenviertel ein alternativ-studentischer Gentrifizierungsprozeß ein. Auf die Wohngemeinschaften in den Altbauwohnungen folgte das alternative Kleingewerbe vom linken Buch- bis zum Ökoladen. Mit Beginn der neunziger Jahren siedelten sich in den Hinterhöfen teilweise ausgesourcete Dienstleistungsunternehmen an: Druckereien, Graphikbetriebe und Werbeagenturen fanden im Rahmen der postfordistischen Umstrukturierung attraktive und relativ preiswerte Gewerbeflächen, um ihre Großkunden in der Innenstadt zu bedienen. Seit Ende der neunziger Jahre breitet sich die Internetökonomie aus. Heute gibt es in dem relativ kleinen Areal des Schanzenviertels circa 80 Werbe- und Multimediafirmen sowie 30 Software-Unternehmen. Gleichzeitig wandelt sich das Schanzenquartier mit 60 Gastronomiebetrieben zu einem Ausgehviertel für jungsche Schickimickies. Teilweise wurden dadurch die herkömmlichen Dienstleistungsunternehmen verdrängt. Im Rahmen des städtischen Sanierungsprogramms auf den ehemaligen Mont Blanc und Laue Grundstücken wurden und werden außerdem viele neue Büroflächen geschaffen. Einzelne wie Peter Kabel, der Gründer der »Kabel New Media AG», symbolisieren den Wandel auch durch ihre eigene Biographie. Während er in den achtziger Jahren noch Solidaritätsplakate zur Verteidigung der Hafenstraße entworfen hat, ist er heute zu einem der angesehensten Jungmillionäre der Internetökonomie aufgestiegen.

Die politischen Auseinandersetzungen um die Rote Flora stehen in einem Spannungsverhältnis zur ökonomischen Entwicklung des Schanzenviertels. Nach der Durchsetzung der Roten Flora wurde diese in der Zeit von 1992 bis 1998 von der Stadtverwaltung kaum beachtet. Vielmehr konnten im gleichen Zeitraum im Schanzenviertel noch weitere Wohnprojekte durchgesetzt werden. Im Bürgerschaftswahlkampf von 1997 versuchte der damalige Bürgermeister Voscherau der Erosion der SPD-Stimmen, wenn auch vergeblich, eine rassistische Kampagne entgegen zu setzen. So wurden auch zum ersten Mal junge schwarze Migranten, die sich im Schanzenviertel aufhalten, als Drogendealer und Kriminelle stigmatisiert. Der gleichzeitig einsetzenden Repression durch die Polizei und der Etablierung rassistischer Bürgerinitiativen versuchte die linke Szene um die Rote Flora etwas entgegen zu setzen. Diese Mobilisierung begann mit Büchertischen im Herbst 1997, und hat seit dem mehrere Aktionstage und öffentlich wie auch innerlinks ausgetragene kontroverse Debatten nach sich gezogen.

Die innerlinken Auseinandersetzungen drehten sich insbesondere um die Frage, wie mit dem Rassismus aus der Mitte der Gesellschaft umzugehen sei? Handelt es sich bei diesem Phänomen um eine staatliche Manipulation oder müssen RassistInnen als politische Subjekte ernst genommen und deshalb auch als solche bekämpft werden? Während sich die FloristInnen überwiegend der zweiten Position zuwandten, zogen sich die VertreterInnen des ersten Ansatzes mit ihrer herkömmlichen »sozialrevolutionären« Perspektive aus dem Umfeld der Roten Flora zurück. Im Gegensatz zu Positionen aus den achtziger Jahren werden Verkäufer von Heroin in der autonomen Linken mehrheitlich auch nicht mehr als Instrument der »Aufstandsbekämpfung« begriffen, sondern als Ausdruck eines Marktes, der ein gesamtgesellschaftliches Defizit offenbart.

Diese Repolitisierung und neue Außenorientierung der Roten Flora wurde von der Stadt mit einem erhöhten Integrationsdruck beantwortet. Seit 1998/99 versucht die städtische Regierung die Rote Flora zum zweiten Mal nach 1992 in ein Vertragskorsett zu zwingen. Gleichzeitig ist die Senatspolitik jedoch auch ambivalent, da sie bisher nicht auf eine unmittelbare Zerstörung des Projektes abzielte. Anscheinend wird gerne in Kauf genommen, daß die Rote Flora mit ihrem morbiden Charme und wegen ihres subkulturellen Angebotes als weicher Standortfaktor zur ökonomischen Aufwertungsspirale des Schanzenviertels beiträgt. Auch wird eine Überlegung des Senats gewesen sein, das »Problem« erst einmal vor den Landtagswahlen im September zu entschärfen. Mit der Absage der NutzerInnen der Roten Flora an eine vertragliche Lösung im März diesen Jahres, genauso wie zuvor in bezug auf die Mitwirkung an »Runden Tischen« oder einer Unterwerfung unter die staatliche Drogenpolitik, soll diese städtische Integrations- und Ausgrenzungspolitik unterlaufen werden.

Die vorerst letzte Runde der Auseinandersetzung wurde durch den Senat mit einem Verkauf der Roten Flora an einen privaten Immobilienmakler eingeläutet. Nach der Darstellung der Stadtregierung ist der Kaufvertrag so gehalten, daß in diesem die bisherige Nutzung als Stadtteil- und Kulturzentrum festgeschrieben ist und die Rote Flora frühestens in 10 Jahren mit Zustimmung des Senates weiter verkauft werden darf. Nach Aussagen des Käufers soll die Flora weiter genutzt werden können wie bisher. Das heißt aber nicht, daß demnächst keine Miete eingefordert werden könnte, damit sich der Kaufpreis für den Investor rentiert. Insofern ist die Stadtverwaltung auch in diesem Zusammenhang mit ihrer neoliberalen Privatisierungsinitiative nicht aus der politischen Verantwortung entlassen. Es wird weiterhin ein Politikum bleiben, ob und wie die Rote Flora oder in ihr verankerte Gruppen mit links-radikalen Initiativen in Erscheinung treten. Dabei erfordern Räumungsversuche, beispielsweise nach militanten Auseinandersetzungen im Schanzenviertel oder weil dem Willen des Investors in anderen Bereichen nicht genüge getan wird, nach wie vor eine politische Entscheidung der Hamburgischen Regierung.

Modernistische Regulation

Innerhalb des Hamburgischen Wettbewerbsstaates kann diese politische Entwicklung mit vier gegenwärtig ersichtlichen Regulationstypen erfaßt werden. Es handelt sich dabei um zwei konservative und zwei neuere Varianten:

1. Die kleinbürgerliche revanchistische Tendenz baut auf einem rückwärtsgewandten Wunsch nach Ordnung, Sauberkeit, innerer und äußerer nationaler Abgrenzung sowie einer ethnisierten Identitätsbildung auf. Ein starker Staat und eine völkische Vergemeinschaftung sollen die durch die Internationalisierung der Produktion bedingten postmodernen Reproduktionsformen abwehren. Auf der Strecke bleiben dabei diejenigen Menschen, die nicht in das Bild einer homogenisierten Mehrheitsgesellschaft passen.

2. In der anderen konservativen Regulationsform wird versucht, den fordistischen Klassenkompromiß am Leben zu halten. Über eine Re-Regulierungspolitik soll der klassische Wohlfahrtsstaat gerettet werden. In einer ökonomischen Abwehrbewegung werden die Krisenbranchen mit Subventionen unterfüttert, Beschäftigungsprogramme aufgelegt und die Volkswirtschaft durch Protektionismus geschützt. Im internationalen Wettbewerb ist dieses Modell nur bedingt erfolgreich, weil seine Akkumulationsrate hinter den neoliberal regulierten Ökonomien zurückbleibt und deshalb auch dessen herkömmlicher Klassenkorporatismus nicht mehr finanziert werden kann.

3. Als erfolgreichste postfordistische Regulationsvariante hat sich bisher das modernistische Regime erwiesen, welches die globalen ökonomischen Imperative aktiv aufgreift. Indem die Deregulierung und Flexibilisierung selbst vorangetrieben und die Marktlogik zum unhinterfragbaren Paradigma stilisiert wird, stellen sich ökonomische Standortvorteile ein. Dies setzt eine allgemeine Verringerung der Lohnquote im Vergleich zu der Profitentwicklung voraus. Nur bei den Einkommenseliten sieht es anders aus, weil um diese und um Konzernansiedlungen geworben wird. Insgesamt vertieft sich so die Spaltung der Gesellschaft in GewinnerInnen und VerliererInnen. Diejenigen, die sich damit nicht abfinden wollen, werden entweder symbolisch befriedigt, beispielsweise durch öffentliche Konsumspektakel oder an den Rand gedrängt und politisch marginalisiert.

4. Um eine destabilisierende Entwicklung dieser Konflikte zu vermeiden, ist im Rahmen der kapitalistischen Verwertungslogik auch noch Raum für eine sich progressiv verstehende alternative Regulationstendenz. Vor dem Hintergrund der grundsätzlichen Anerkennung der postfordistischen Umstrukturierung wird bei diesem Ansatz der gesellschaftliche Ausgleich zwischen jenen Gruppen gesucht, die unmittelbar von der Umstrukturierung profitieren und denjenigen, die in die Armut getrieben werden. Im deutschen Kontext wird diese Regulationsansatz um die Komponente eines angeblich »ökologischen Umbaus der Gesellschaft« ergänzt.

In Hamburg lassen sich alle vier Tendenzen, wenn auch mit unterschiedlichem Gewicht, wiederfinden. Rassismus und Lokalpatriotismus sind bedeutende Faktoren in der Hamburger Politik. Die Sehnsucht nach dem fordistischen Klassenkompromiß wird von nicht unwesentlichen Teilen des traditionellen SPD- und Gewerkschaftsklientels getragen. Im gesamtgesellschaftlichen Vergleich progressive Ansätze vom linken Flügel der SPD und aus den Reihen der Grünen spielen bei den Konzepten der Bürgerbeteiligung genauso eine Rolle wie bei dem integrationistischen Kurs gegenüber der Roten Flora oder im Konzept der sozialen Stadt.

Dominant und damit den Rahmen für die anderen Regulationsformen vorgebend ist jedoch das modernistische Politikprojekt. Darüber sind sich in Hamburg parteiübergreifend auch die Mehrheit der Mitglieder und WählerInnen der Grünen, der SPD, der FDP und der CDU einig. In dem parteiübergreifenden Konsens zur Durchsetzung der Erweiterung des Airbusgeländes, der von der CDU bis zur Grünen Partei reichte, wurde noch einmal deutlich, daß für eine weltmarktbezogene Großinvestition ökologische Belange, zwingende gesetzliche Vorschriften und die Interessen von ObstbäuerInnen und AnwohnerInnen

einfach beiseite geschoben werden. Erst nachdem die Schlacht gewonnen war, wurde von dem rot-grünen Senat das Angebot gemacht, sich mit den KritikerInnen zusammen zu setzen, um über nachfolgende »Ausgleichsmaßnahmen« zu reden. Progressive Regulationsansätze kommen auch hier nur zum Zug, wenn sie notwendig erscheinen, um die Weltmarktstrategie zu flankieren, oder sie diese zumindestens nicht stören.

Regulation im Schanzenviertel

Werden die dargestellten Regulationsansätze auf die Situation im Schanzenviertel bezogen, ergibt sich ein vielgestaltiges Bild: Die Grünen haben im Schanzenviertel gemessen am Stimmenanteil teilweise absolute Wahlsiege eingefahren, während die SPD nur auf 25 % und die CDU auf 10 % kommen (dabei ist zu beachten, daß bis zu fünfzig Prozent der lokalen Bevölkerung als MigrantInnen nicht wahlberechtigt sind). Dementsprechend handelt es sich bei dem Schanzenviertel sowohl von der politischen Basis als auch von der Regierungsseite gesehen um ein einschlägiges Experimentierfeld für das sich als progressiv verstehende Regulationsmodell. Um auf die teilweise alternativ geprägte Bevölkerung einzugehen, werden nicht nur die besagten Partizipations- und Aktivierungsprojekte aufgelegt, sondern das Viertel ist im Vergleich zu anderen Stadtgebieten auch mit einem dichten Netz an sozialen und Selbsthilfeeinrichtungen ausgestattet.

Jedoch hat sich die Stadterneuerungsgesellschaft (STEG), was die Planung und Umsetzung der Umstrukturierung im Schanzenviertel betrifft, in allen wesentlichen Belangen mit ihrer modernistischen Strategie durchsetzen können. Bei der STEG handelt es sich um den privatisierten Verwaltungsbereich der Stadtsanierung. In städtebaulichen Verträgen wird privaten Investoren freie Hand gegeben, ohne daß die Stadtplanung noch wesentlich durch die Aufstellung von Bebauungsplänen beeinflußt wird, die eine BürgerInnenbeteiligung notwendig machen würde. Auf den Arealen der ehemaligen Mont Blanc und Laue Fabriken entstehen so gegenwärtig überwiegend Büroflächen für die New Economy. Alternative Einsprengsel stellen in diesem Konzept unter anderem ein Wohnprojekt und ein paar Sozialwohnungseinheiten dar. Im Zusammenhang mit der Umsetzung des Wohnprojektes ließ der grüne Stadtentwicklungssenator vernehmen, daß dieses seine Berechtigung habe, um »gestrauchelte Stadtrebellen« in die Gesellschaft zurück zu führen. Der jetzigen ökonomischen Verwertung der ehemaligen Fabrikflächen ging eine jahrelange Auseinandersetzung voraus, wie diese genutzt werden können. Da der städtischen Strategie von links jedoch nichts wesentliches entgegengesetzt werden konnte, ist abzusehen, wer sich in einigen Jahren die schon jetzt überdurchschnittlich teuren Wohnraummieten im Schanzenviertel noch leisten können wird. Diese gemischte alternativ-modernistische Strategie wird von einer revanchistischen Regulationstendenz ergänzt. Im Zuge der polizeilichen Vertreibung von Teilen der offenen Drogenszene seit 1997 vom Hauptbahnhof in das Schanzenviertel etablierte sich im kleinbürgerlichen und alternativen Milieu eine offen rassistische Strömung. Den rechten Bürgerinitiativen und den von ihnen ausgerichteten Aktivitäten und Protestmärschen gegen Drogenkonsum, Drogenhandel und den damit einhergehenden Verelendungserscheinungen konnte durch die radikale Linke zwar teilweise etwas entgegengesetzt werden, der Sozialchauvinismus lokaler Bevölkerungsteile ist jedoch weiterhin präsent. Die diese Entwicklung begleitenden Medienkampagnen und die massive polizeiliche Repression ist trotzt diverser Interventionsversuche ebenfalls ungebrochen.

Exemplarisch zeigt sich der Sozialchauvinismus auch an der Positionierung des kleinbürgerlichen Spektrums gegenüber der Roten Flora. Die weitere Existenz der Roten Flora, insbesondere mit ihren kulturellen Aktivitäten, wird vielfach für gut befunden. Kritisiert wird jedoch, daß die Rote Flora, weil die Räumlichkeiten der nahegelegenen städtisch subventionierten Fixerstube nicht ausreichen, an ihrer Rückseite einen Unterstand eingerichtet hat, damit auch dort illigealisierte Drogen konsumiert werden können. Während die Rote Flora so eine Aufgabe übernommen hat, die eigentlich die Stadtverwaltung tragen müßte, nämlich einen etwas humaneren Drogenkonsum zu ermöglichen, wird sie für das nun sichtbare Elend verantwortlich gemacht.

In einem zweiten Blick wird also deutlich, daß alle drei Regulationsbewegungen in der Auseinandersetzung um die Rote Flora vorhanden sind. Im Rahmen des progressiv-alternativen Ansatzes genießt die Rote Flora auch als Selbstzweck einen gewissen Schutz und eine gewisse Akzeptanz. Von den VertreterInnen der modernistischen Regulationstendenz wird sie als weicher Standortfaktor wahrgenommen, sofern sie nicht durch eine »störende« Politik auffällt, mit der sie gegen das gesellschaftlich produzierte Elend oder den Rassismus vorgeht. Aus einem integrationistischen Blickwinkel wurde vor dem Verkauf der Roten Flora der Abschluß eines regulären Mietverhältnisses gefordert und im Hintergrund, falls eine Befriedung nicht erreicht werden sollte, mit einer Aufkündigung des Duldungsverhältnisses und einer Räumung gedroht.

Unter einem rein revanchistischen Blickwinkel wird dagegen die sofortige Räumung gefordert, wie es auch die CDU in ihrem Wahlprogramm für die Bürgerschaftswahlen im September 2001 vertritt. Aber selbst in der CDU gibt es keine eindeutige Position. Die CDU-Fraktionen der betroffenen Bezirksversammlungen Mitte und Altona haben für eine vertragliche Lösung mit der Roten Flora plädiert. Vor der Verabschiedung ihres Wahlprogrammes hat die Landes-CDU der SPD außerdem einen parteiübergreifenden Deal zur sogenannten Sicherheitspolitik angeboten, in dem eine Räumung der Roten Flora keine Rolle gespielt hat.

Linke Modernisierer

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie die Linke auf diese Entwicklung reagieren kann? Die Flora hat die Forderung der Stadt, einen Vertrag abzuschließen, nach monatelanger kontroverser interner Diskussion abgelehnt und nimmt damit in letzter Konsequenz auch eine Zerstörung des Projektes durch die Polizei in Kauf. Sie will sich nicht, wie sie es in ihrer Stellungnahme unter dem Titel »Die Flora bleibt unverträglich« heißt, in »das Zusammenspiel von Integration/Partizipation auf der einen und Verdrängung/Repression auf der anderen Seite« einbinden lassen. Und weiter wird ausgeführt, »die anstehenden Konflikte um die Zukunft der Roten Flora werden deshalb für uns der Ort sein, an dem die jahrelange Auseinandersetzung um Repression, Vertreibung und Umstrukturierung im Stadtteil aktuell zugespitzt werden». Auch nach dem Verkauf im April diesen Jahres wird diese Position gegenüber dem privaten Käufer aufrecht erhalten.

Mit einem Blick auf die eigene linke Geschichte wird die Dialektik dieser Position deutlich. Gerade auf die links-alternative Szene geht der Gentrifizierungsprozeß des Schanzenviertels ab den achtziger Jahren zurück. Wohngemeinschaften können sich Mieten leisten, die für eine ArbeiterInnenfamilie unerschwinglich ist. Auch diverse Kneipen, Cafés und Geschäfte, welche die Basis für den Aufschwung der Ausgehkultur im Schanzenviertel darstellen, gehen vielfach auf die Bedürfnisse und die Infrastruktur der linken Szene zurück. Dieser Zusammenhang wird von der Roten Flora ansatzweise gesehen, die in ihrer Erklärung gegen eine vertragliche Lösung unter anderem feststellt, daß die Rote Flora ein »weicher Standortfaktor ist, der die Aufwertung des Stadtteils mit begünstigt».

Der Bogen über den Zusammenhang der politisch-sozialen Praxis der Neuen Linken seit 1968 und der postfordistischen Modernisierung des Kapitalverhältnisses läßt sich noch weiter spannen. Während der Fordismus gerade in der Wirtschaftspolitik von zentral geplanten Großprojekten geprägt war, wandte sich die antiauto-

ritäre Linke vielfach dezentralen Basisprojekten zu. Die von der Linken entwickelten relativ antihierarchischen sozialen und politischen Praktiken wurden in der Krise des Fordismus in den siebziger Jahren zwar nicht eins zu eins von Kapital und Staat aufgenommen, trugen in transformierter Form jedoch Stück für Stück zur Modernisierung der kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse bei. Wenn heute flexible Arbeitsformen zur Anwendung kommen oder die Beteiligung der MitarbeiterInnen an einer kontinuierlichen Verbesserung des Produktionsprozesses eine allgemein akzeptierte Praxis ist, dann gehen die Anstöße für diese Veränderung der ehedem unmittelbar autoritären Arbeitswelten im Fordismus nicht nur auf die kapitalistische Verwertungskrise, sondern auch auf den inner- und außerbetrieblichen Widerstand dagegen zurück.



Aktionstag im Schanzenviertel

In ihrem Selbstbild konnte sich die alternative und radikale Linke lange Zeit unabhängig von der Mitwirkung an den gesellschaftlichen Modernisierungsprozessen fühlen, weil sie sich überwiegend in Gegenwelten organisierte, die nicht unmittelbar in die herrschenden Produktions- und Reproduktionsprozesse integriert waren. Im Bereich städtischer Reproduktionspolitik, wie um die Rote Flora, können jedoch nicht die Augen davor verschlossen werden, daß die eigenen radikalen Politikansätze, wenn auch ungewollt, der kapitalistischen Vergesellschaftung zumindestens teilweise in die Hände gespielt haben. Dieses Politikfeld ist jedoch auch einer der wenigen verbliebenen Bereiche in dem radikale Linke noch einen, wenn auch kleinen, Machtfaktor darstellen, so daß sie nicht gänzlich darauf beschränkt sind, nur bei inhaltlicher Kritik stehen zu bleiben. Im Rahmen der politischen, wenn auch nicht personellen, Kontinuität des langen Kampfes gegen die Umstrukturierung wird jedoch deutlich, daß seit den siebziger Jahren dem Grunde nach nichts gewonnen wurde. Erreicht wurden alternative Einsprengsel in die herrschenden Verwertungsstrukturen, die nicht frei davon sind, das Kapitalverhältnis durch neue Produktions- und Reproduktionsansätze auf einer gesamtgesellschaftlichen Ebene zu erneuern.

Daß eine radikale Linke in der städtischen Politik überhaupt noch existiert, hängt vielleicht damit zusammen, daß es der Linken sowohl möglich war, Gegenwelten zu etablieren als sie auch ständig gezwungen war, sich mit den Projekten der herrschenden Politik und den Bestrebungen der Mehrheitsbevölkerung auseinanderzusetzen. Ob sich darüber hinaus im Bereich der wohnungsbezogenen Reproduktionssphäre eine Konfliktdynamik ergibt, die gegenwärtig mehr als die Auseinandersetzungen im Produktionsprozeß systemkritische Perspektiven eröffnet, läßt sich zur Zeit nicht wirklich beantworten. Im Gegensatz zum unmittelbaren kapitalistischen Verwertungsprozeß ist die Reproduktion in Wohnquartieren zwar grundsätzlich der Warenlogik unterworfen, sie stellt jedoch teilweise ein Refugium dar, in dem unverdinglichte Vergesellschaftungsprozesse notwendige Grundlagen für eine Verwertung im kapitalistischen Produktionsprozeß legen. Denn das Großziehen von Kindern oder die Privatheit der »eigenen« vier Wände, läßt sich nicht auf eine Warenbeziehung reduzieren und stellt doch dessen Grundlage dar. Deshalb wird vielleicht auch der Einbruch einer kapitalistischen Umstrukturierungspolitik in die scheinbar heile Welt von Leuten, die sich als eigentlich unpolitisch verstehen, von diesen als größere Bedrohung aufgefaßt, als wenn sie sich langsam aber sicher in ihren Arbeitsbeziehungen kaputt machen.

Die Frage bleibt also offen, was Linke im allgemeinen und im besonderen Bezug auf die Rote Flora tun können? Schaut mensch zurück auf die Krise im Übergang vom liberalistischen Monopolkapitalismus zum Fordismus in den zwanziger und dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts, dann wird zunächst deutlich, daß die kapitalistischen Verwertungsstrukturen auch aus sich selbst heraus darauf drängten, einer stärkeren außerökonomischen Regulierung unterworfen zu werden. Deshalb stellte die sich positiv entwickelnde sowjetische Planwirtschaft nach dem Börsenkrach von 1929 auch für bürgerliche Ökonomen eine Alternative dar, von der es galt, Elemente in eine kapitalistische Ökonomie zu integrieren. Die antikapitalistische Politik der damaligen Linken hatte also teilweise die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung auf ihrer Seite, trug aber insbesondere durch die Sozialdemokratie und unabhängige Sozialisten ebenso wie nach 1968 als undogmatische Linke dazu bei, daß der Verwertungsprozeß auf eine neue Grundlage gestellt werden konnte. Dies ist zwar in der Dynamik der kapitalistischen Entwicklung angelegt, den radikalen Linken ging es in ihrem jeweiligen Selbstverständnis jedoch darum, mit der kapitalistischen Verwertungslogik zu brechen.

Dieses historische Beispiel ist insofern von Belang, weil damals die Marktdynamik als primäres Moment nicht mehr ausreichte, die Weiterentwicklung des Verwertungsprozesses zu gewährleisten. Bei der heutigen Akkumulationsrichtung des Postfordismus, dem eine verstärkte Entfesselung der Marktkräfte zugrundeliegt, ist ebenfalls vorstellbar, daß dieser einmal in die Krise geraten könnte, wenn die selbstregulierenden Kräfte, die gegenwärtig noch zunehmen, zur Steuerung nicht mehr ausreichen. Dann würde es zur Bewältigung einer weltweiten Krise neuer Regulierungsinitiativen bedürfen, um mit politischen Steuerungsmomenten den Selbstzerstörungsprozeß aufzuhalten. Das heißt für die Linke, in ihrer gegenwärtigen alltäglichen Politik nach politischen Ansätzen zu suchen, welche die möglichen Krisentendenzen der gegenwärtigen Entwicklung antizipieren und gleichzeitig im historischen Rückblick gewährleisten, so wenig wie möglich zu einer erneuten Mo-

dernisierung des Verwertungsdynamik und ihrer Regulationsformen beizutragen. Entsprechend den kaum entwickelten sozialen Kämpfen und der Schwäche praktischer linker Interventionen bleibt eine solche Bestimmung notwendig abstrakt, weil sich konkretere Strategien nur aus realen Erfahrungen in der Auseinandersetzung mit der kapitalistischen Restrukturierung speisen können. Es ist aber auch notwendig, solche allgemeinen Ziele zu formulieren, da sie zumindestens eine Handlungsrichtung aufzeigen.

Praxis der Restlinken

Bezogen auf die Situation im Schanzenviertel bedeutet dies zunächst, nach den Erfahrungen der vergangenen drei Jahrzehnte sehr vorsichtig mit konkreten Veränderungsforderungen umzugehen. Dem repressiven Sicherheitsstaat kann, wie dies schon jetzt geschieht, mit Störung und - wo möglich - mit dem Schutz der Marginalisierten geantwortet werden. Der städtischen Privatisierungspolitik kann auf einer relativ abstrakten Ebene mit einer allgemeinen Vergesellschaftungsforderung, wohlgemerkt nicht mit der nach Verstaatlichung (die letztere hatte weder im sozialdemokratischen Keynsianismus noch im Realsozialismus ein weiterreichendes emanzipatives Potential), begegnet werden. Vergesellschaftung würde bedeuten, daß die ProduzentInnen und KonsumentInnen unmittelbar die demokratische Kontrolle in den jeweiligen Bereichen ausüben. Ob es auf dem Weg zu einer solchen fundamentalen Umwälzung sinnvolle Zwischenschritte geben kann und wenn ja, wie diese aussehen würden, ist dagegen zur Zeit völlig unklar und unter Linken wenig diskutiert. Im Bezug auf den repressiven Sozialstaat und dessen Workfareprogramme, fällt eine Antwort genauso schwer. Eine Reaktion darauf ist eigentlich nur als Massenpolitik möglich, die gegenwärtig jedoch bestenfalls über reformistische Perspektiven nicht hinaus kommt und schlimmsten Falls in einer rassistischen Praxis gipfelt, in der beispielsweise Arbeitsplätze zuerst für Deutsche gefordert werden.

Auch im Hinblick auf die städtische Partizipationsangebote fällt eine Antwort schwer. Sie sind scheinbar das, was das Bündnis im Kampf gegen die Errichtung eines Musicalpalastes in der Flora noch 1989/90 eingefordert hatte. Zwar hat sich die Rote Flora schon vor dem jetzigen Konflikt gegen eine Teilnahme an Runden Tischen ausgesprochen, weil sich an diesen nur das Interesse von Kapital und tonangebender Bevölkerung reproduziert. Aber reicht die simple Nichtteilnahme? Bei den Partizipationsangeboten, wie gegenwärtig zur Erweiterung des Messegeländes, das an das Schanzenviertel grenzt, ist abzusehen, daß hochproblematische städtische Projekte auch wegen der Beteiligung der BürgerInnen kaum noch Widerspruch hervorrufen. Deshalb müßten die Partizipationsforen von links nicht nur boykottiert, sondern auch demaskiert und als systemstabilisierende politische Institution behindert werden. Aber liegt darin eine praktische Perspektive, die über defensives Handeln hinaus käme?

Zur Zeit hat das Kapitalverhältnis also nicht nur ökonomisch alle Trümpfe in der Hand, weil die ArbeiterInnen dadurch, daß sie weltweit in Konkurrenz gesetzt sind, dem kaum eine organisatorische Perspektive entgegensetzen können. Auch bei den Regulationsformen hat deren modernistische Variante eindeutig die Nase vorn. Es scheint so, als bestünden noch hinreichende kapitalistische Vernetzungsmöglichkeiten, um die Flexibilisierungspolitik weiter auszudehnen. Diejenigen Linken, die sich, wie vermittelt auch immer, auf die vorherrschenden Regulationsformen beziehen, und sei es nur, um Teile der Bevölkerung beim herrschenden Konsens abzuholen, werden unter den gegenwärtigen Voraussetzungen zur Fortschreibung der kapitalistischen Logik beitragen. Für andere Linke, die nicht gänzlich in einer postfordistischen und staatsnahen Dynamik aufgehen wollen, bleibt beispielsweise, sich auf der Suche nach einer eigenen systemkritischen Praxis durch die Politik der Roten Flora inspirieren zu lassen.

Diese Suche zieht im Falle der Rote Flora das Risiko nach sich, Niederlagen zu kassieren, indem sie eines Tages doch geräumt wird. Aber eine solche Niederlage ist weniger schwerwiegend, als ein weiteres linkes Projekt dem demoralisierenden Zerfall in einem Integrationsprozeß zu unterwerfen. Vielmehr entsteht durch die Weigerung der Roten Flora, sich unmittelbar integrieren zu lassen, eine Position begrenzter Gegenmacht, auch wenn diese gesamtgesellschaftlich marginal bleibt. Wie 1986/87 bei der Auseinandersetzungen um die Hafenstraße oder in abgeschwächter Form gegenwärtig im Wendland ist die herrschende Seite gezwungen, der Gegenseite eine gewisse Legitimität zuzuerkennen. Eine Strategie, die unmittelbar auf gegenwärtige Erfolge abzielt, kann nur dann eine sie tragende Dynamik behalten, wenn ihr inhaltlicher Ausgangspunkt, ihre konkrete Praxis und ihre Perspektive systemkritisch sind. Nur so läßt sich die Praxis im »falschen Gesamtzusammenhang« mit den in der Zukunft liegenden theoretisch vermittelten emanzipativen Zielen in Beziehung setzen. Ob bei diesen konkreten Antizipationen einer grundlegenden Umwälzung an ein traditionelles Revolutionsverständnis angeknüpft werden sollte, das auch auf eine Eroberung der Macht zielen würde oder auf eine allgegenwärtige Zersetzung der Herrschafts- und Ausbeutungsstrukturen, wie dies in dem von Joachim Hirsch vertretenen Konzept des »radikalen Reformismus« vorausgesetzt wird, läßt sich zur Zeit nicht absehen. Insbesondere ist nicht deutlich, inwieweit es postfordistischen Regulationsformen auch in Zukunft gelingen wird, linke Bestrebungen relativ bruchlos zu integrieren.

Wichtig ist jedoch, daß im Kampf um die Rote Flora bei vielen einzelnen und als kollektiver politischer Prozeß weiterhin Erfahrungen gemacht werden, die sich als politisch selbstbestimmt und im Ansatz als systemkritisch herausstellen. Denn im Gegensatz zu den deterministischen Revolutionserwartungen vor achtzig Jahren oder den Reformabsichten vor dreißig Jahren, ist nach 1989 noch deutlicher geworden, daß emanzipative Veränderungen keinen Selbstlauf besitzen. Sie entstehen nur als Selbstkonstituierung und -organisierung in der bewußt geführten politischen Auseinandersetzung mit der versucht wird, gesellschaftlich einzugreifen. Auf der Grundlage der gegenwärtigen Machtverhältnisse werden Linke dabei ganz überwiegend von den herrschenden Verhältnissen und ihrer Politik getrieben. Aber auch in einer defensiven Bewegung sind die linken Vorstellung so zumindest einem Praxistest unterworfen. Hinsichtlich der Roten Flora kann jedenfalls darauf gesetzt werden, daß unter Umständen zwar ein Gebäude zerstört oder ein politisches Projekt zerschlagen wird, die Suche nach emanzipativen Ansätzen jedoch in anderen Zusammenhängen fortgesetzt wird, wenn sie in eine reflexive Selbstverständigung eingebunden bleibt.

So stellt das Experimentieren und gemeinsame Lernen mit diesen Praxisformen eine, wenn auch kleine Antwort auf die gegenwärtigen gesellschaftlichen Umstrukturierungsprozesse dar. Im Hinblick auf die vorangegangenen Erfahrungen der Linken, die es sich immer wieder aus der Perspektive der eigenen gesellschaftlichen Weiterentwicklung neu anzueignen gilt, kann dies zu einem kumulativen Lernprozeß beitragen und somit trotz der allgemeinen Ratlosigkeit hinreichende Fundamente für weitere Auseinandersetzungen legen. Das ist nicht viel, aber es ist zumindest ein Weg, um sich als Restlinke weiter zu entwickeln und zu überleben. Denn allein mit einer theoriegeleiteten Suche nach Alternativen, die sich nicht in einem dialektischen Austausch mit den konkreten gesellschaftlichen Widersprüchen befindet, entsteht weder eine brauchbare Theorie noch hätte eine solche Theorie Einfluß auf die Welt. Obwohl es doch, wie schon der alte Kalle anmerkte, darauf ankömmt, diese zu verändern.

gruppe demontage
hamburg im mai 2001

lesehilfe: zu beginn dieses artikels findet ihr einen text der gruppen, die das Projekt radikal in den letzten sechs jahren getragen haben oder besser von denen, die davon noch übrig sind. daran an knüpft dann ein text der gruppen, die die radikal von nun an machen werden. auch wenn's nichts zu lesen gibt:

bleibt radikal!

vollmundig kündigten wir im letzten jahr unseren neustart an. forderten euch auf, uns zu schreiben für einen Schwerpunkt. war wohl nix.
eineinhalb jahre haben wir uns nicht gemeldet, längst geistert es durch die Szene: die gibt's nicht mehr. ihr seht nun, dem ist nicht so. allerdings ist auch uns aufgefallen, dass es langsam an der zeit ist, mal Stellung zu unserem nichterscheinen zu nehmen. seien wir ehrlich, die repressionswelle 95 ist nicht spurlos an uns vorüber gegangen. zudem mussten wir dem interesse der büttel an diesem klandestin organisierten projekt rechnung tragen, was die organisation des ganzen erschwerte die neuorganisation nach 95 stand ganz im Schatten der repressionsereignisse. einige derjenigen, die dem trotzen wollten, haben eventuell nicht genug nachgedacht. soliarität hilft in der alltäglichen, nervigen arbeit eine zeitung zu organisieren leider nicht. und das zeigte sich bald. mit einer großen kraftanstregung brachten wir eine inhaltliche neuorientierung auf den weg, die in der 99er ausgabe mündete. wir erhofften uns davon den großen 'kick' und erhielten das große desaster. mehrere gruppen merkten, dass diese form der arbeit und erst recht der ganze aufwand der dafür betrieben werden muss, zuviel war. sie stiegen aus.
viel blieb da nicht mehr. eigentlich blieb uns keine andere konsequenz mehr, als das ding einzustampfen. aber einfach so ein Projekt, dass seit über zwanzig jahren mit dieser bedeutung für die linksradikale existiert, einfach so aufzugeben, erschien uns zu vorschnell. wir trafen folgenden beschluss: wir setzen alle unsere energien darein, dieses projekt noch mal zum leben zu erwecken, also neue gruppen für die arbeit in diesem projekt zu gewinnen. sollte uns das nicht gelingen, die gruppen genervt abwinken, weil sich dieses projekt selbst überlebt hat und nur mehr noch als mythos durch die lande weht, gibt's einen netten abschluss und das war's. und - nochmal ehrlich -eigentlich sind wir fast genau davon ausgegangen. doch die reaktionen waren anders. die gruppen, die wir ansprachen, erklärten sich bereit ihre kraft in dieses Projekt zu stecken. trotzdem äußerten sie kritik an dem bisherigen konzept, zu recht. denn das konzept der radikal hat sich seit den achtizigern nicht bewegt. sie lebte von den themen und der bewegung dieser Zeit. der transfer zu den akuellen themen gelang nie, was sich zum beispiel darin wiederfindet, dass themen wie antifa oder auch die 'neue' anti-akw-bewegung kaum eine rolle spielten. eine



kritik, die auch die alten gruppen teilten, denn eben dies war einer der gründe für den versuch, in der letzten ausgabe das konzept zu ändern. der unterschied liegt darin, dass der versuch von einer überalterten Struktur vorgenommen wurde, die nicht mehr den direkten draht zu den leuten hatte, die potentiell leser oder leserinnen sind. da verbirgt sich letztlich natürlich eine grundlegende frage hinter, die schon einen langen bart hat: warum um alles in der welt ist es in der linksradikalen Szene so, dass der altersdurchschnitt konstant bei anfang zwanzig bleibt und leute ab dreizig fast schon wie gruftis in der szene wirken (außer an den tresen der letzten linken kneipen)? alle gruppen waren sich darin einig, dass die Struktur der radikal und die möglichkeiten, die eine klandestin organisierte zeitung bietet, nicht aufgegeben werden dürfen. angesichts einer sich schritt für schritt festigenden totalen überwachungsgesellschaft müssen wir dafür kampfen, die letzten unkontrollierten räume zu erhalten.
seit 95 hat sich auch in der linksradikalen medienlandschaft eine menge getan. einige aufgaben, die von der radikal mal erledigt wurden, sind längst von anderen periodika übernommen worden. so sind erklärungen mittlerweile in der interim viel besser aufgehoben, selbst wenn auch dieses blatt sich nie ganz von den repressionsschlägen erholt hat. auch theorieblättchen haben sich etabliert. doch bleibt letztlich eine lücke. ein beispiel ist die schon lange von der radikal betriebene veröffentlichung von bastelanleitungen. das kann sich angesichts der repression auch keine halblegale zeitung erlauben. desweiteren, so unsere wahrnehmung, sind die meisten Zeitungen entweder bewegungszeitungen oder Zeitungen, in denen es nicht möglich ist, grundlegende, bewegungstiefergreifende diskussionen zu führen, weil sie zu eng am tagesgeschehen bleiben müssen. wir glauben, dass die radikal hier auch weiterhin eine wichtige rolle spielen kann, zum einen, jenes zu veröffentlichen, was anderen ncht möglich ist und zum anderen, ein bewegungsübergreifendes diskussionsforum zu sein.
kurzgefasst: es geht weiter. mit neuer energie, neuen leuten, einer veränderten und verjüngten Struktur.

also denmachst wieder beides: lesen und leben! radikal!

»ja, tanzen!

gedanken zur radikal und warum es sie weiter geben muß

das letzte lied ist lang verklungen... die radikal als teil und ausdruck einer bewegung, entstand in einer zeit der vermeintlichen stärke - wie kann sich solch ein projekt verorten, wenn es nicht so viel bewegung gibt, eigene schwäche schon fast wie eine übertreibung klingt und auch die meisten der früheren positionen nicht so richtig aktuell erscheinen. was tun? alles einstampfen, die klappe zu machen und sich in die scheinbare idylle der bürgerlichen freiheiten zurückziehen, endlich mal so richtig viel zeit für sich selbst haben...? das sind die
perspektiven von vielen, es ist nicht unsere. wir haben uns anders entschieden und wollen auch weiterhin und immer wieder gesellschaft verändern, der normalität

trotzen, die herrschaft nicht ernst nehmen, die bestie ärgern und den traum vom besseren leben im hier und heute verwirklichen... kurzum die verhältnisse zum tanzen bringen.
leider sieht es zur zeit genau dafür nicht so richtig rosig aus und das selbstmitleid in den krisenbeschreibungen scheint sich wie ein neurotischer szeneköter in den eigenen schwanz zu beißen: die orientierung an gesellschaftlicher relevanz erscheint bei realistischer einschätzung der eigenen »stärke« als größenwahn. doch ohne eine solche perspektive gilt vielen der (wieder)aufbau einer handlungsfähigen struktur als vergebene mühe und ein ausbrechen aus dem oben beschriebenem kreislauf erscheint nicht möglich. wir wollen trotzdem tanzen!
der aufforderung zum tanz fehlt nicht nur die musik, sondern auch der/die/das passende partnerIn und auch die alten tanzschuhe sind reichlich verschlissen und die neuen drücken noch an den verschiedensten stellen. wer wirklich tanzen will, muß sich also umsehen und in bewegung setzen. ein neuer saal mit musik, die uns gefällt muß einfach nur betreten werden, nach anderen freundinnen und freunde der rhytmischen bewegungen sollte sich umgesehen werden und die sache mit den schuhen wird sich dann auch irgendwie finden. es muß ja nicht beim standardtanz bleiben, vielleicht machen ja formationstänze viel mehr spaß. mit der radikal wollen wir also nicht warten, bis jemand im saal das Licht anknipst, sondern dazu beitragen, rauschende nächte zu erleben, in denen die musik selbst bestimmt wird. mit der radikal wollen wir nicht nur die eine oder andere tanzstunde begleiten, sondern auch selbst suchen, wo überhaupt große hallen bespielt werden. mit andere worten: das projekt soll helfen, den mangel an übergreifenden und über den tellerrand hinausgehenden diskussionen zu überwinden. damit meinen wir nicht nur einen austausch über konstruierte teilbereichsgrenzen hinweg, sondern auch die gemeinsame suche nach verschiedenen perspektiven von gesellschaftlicher veränderung. dabei geht es uns weniger um die selbstgefälligkeit »der einen richtig« hergeleiteten analyse, sondern um die handlungsfähigkeit in künftigen auseinandersetzungen. als vielfach bekanntes projekt bietet die radikal auch weiterhin ein wichtiges forum für eine tatsächlich breite diskussion, wissensvermittlung und erfahrungsaustausch. auch in zukunft wird die gegenseite alle mittel daran setzen, jeden ernsthaften versuch, die verhältnisse hier und woanders zu kippen, niederzuschlagen. deshalb ist es notwendig, die perspektive der selbstverteidigung zu berücksichtigen und die grauzone unserer erscheinungsform aufrechtzuerhalten. die radikal wird auch in zukunft den raum für die vermittlung des notwendigen knowhows und die diskussionen darum bieten.
wichtiger erscheint es uns jedoch zunächst, konfliktlinien in der kalten wirklichkeit der barbarei zu finden. der tunnelblick jahrzehntelanger orientierung an subkultur und nischenrealität hat vielen den blick auf das soziale leben ausserhalb der »eigenen strukturen« verbaut - soziale kämpfe dort werden kaum wahrgenommen oder in der märchenwelt der phantasien verortet. Bezogen auf diese überheblichkeit ist die vielbeschworene krise eine echte chance. da sich die soziale wirklichkeit für viele zunehmend verschärft, sollte sie endlich auch zum thema gemacht werden. zudem bietet das unbekannte feld dieser alltagszwänge die möglichkeit, sich erst einmal umzusehen und dort andere kämpfe wahrzunehmen. es kann zur zeit nicht nur darum gehen eigene vorstellungen darüber, wie kämpfe zu führen sind, selbstsicher in die welt zu tragen. es kann erst einmal nur darum gehen, die paralysierte restlinke mit sozialen kämpfen zu konfrontieren. es gilt in gemeinsamen diskussionen um z.b. patriarchale, rassistische und reformpolitische widersprüche und herangehensweisen eine relevante strategie zu entwickeln, statt diese kämpfe ausschließlich mit der oft üblichen arroganz der nischenpolitik zu okkupieren. wie darin trotzdem erkämpfte positionen aufrechterhalten werden können, um in den herrschenden diskursen eigene dynamiken zu ermöglichen, darüber muß noch gestritten werden.
wir wollen die radikal nutzen, um dringend überfällige debatten innerhalb des bisher üblichen leserInnenkreises anzustoßen. denn es mangelt den utopien an glaubwürdigkeit, wenn selbst im eigenen kreis kollektivität, lebensfreude und eine gemeinsame organisation des alltags oft nur noch hohle phrasen sind. auch wenn unsere vorstellung vom besseren leben nicht die allgemeingültige perspektive einer befreiten gesellschaft sein kann, so braucht es auch weiterhin rückzugsräume, in denen alte, oft wichtige debatten nicht immer wieder neu begonnen, sondern weitergeführt werden können. dazu wollen wir mit der radi unseren teil beitragen. wichtig ist uns dabei, sowohl sprachlich als auch inhaltlich verständlich für viele zu sein, und auch »interne« diskussionen transparent und damit nachvollziehbar zu machen.

melodien für millionen

in unseren bisherigen diskussionen sind wir zu fragen gekommen, die vielen bekannt vorkommen werden... doch auch ohne einen offensichtlichen neuigkeitswert (der ja eh nur aus einer passiven konsumentInnensicht bedeutung hat) wollen wir die debatte eröffnen:
- wie kann ein bezug zu verschiedenen befreiungsbewegungen jenseits einer kofferträgerInnensolidarität aussehen? wie kann der dynamik weltweiter repression gegen emanzipatorische bewegungen nicht nur eine moralische argumentation entgegengesetzt werden, sondern eine inhaltlich gefüllte solidarität? und was können wir aus diesen Ideen für die eigene politik ableiten? auch wenn sich der zusammenhang z.b. zwischen einer polnischen fabrikbesetzung und unserem frust über die schon wieder steigende miete oder das fehlende selbstverwaltete zentrum nicht sofort und unmittelbar erschließt, ist die umfassende unterwerfung unter die kulturelle hegemonie der westliche zivilisation vielleicht ein gemeinsamer ansatzpunkt.
- gibt es die berühmten kämpfe im stadtteil, in der schule und in der fabrik, wo wir einfach nur so mitmischen können? wie sehen die aus? was machen wir darin mit unseren nicht weniger berühmten widersprüchen? wie können organisationsversuche z.b. in callcentern, im hauswirtschaftsbereich, in zeitarbeitsfirmen oder den verschiedensten zwangsarbeitsmaßnahmen von arbeits- und sozialämtern aussehen? wie können bessere arbeits- und lebensbedingungen von illegalisierten durchgesetzt werden?
- immer wieder passiert es, dass aufgrund fehlender eigener sozialstrukturen leute aus den szenenischen gedrängt werden, sie sich verabschieden (müssen). gibt es den weg aus dem »ghetto« in die gesellschaft, ohne die »liebgewonnenen« vorteile bestehender strukturen aufzugeben oder zu verändern? können aus unserer kleinen welt impulse für die umsetzung von gesellschaftlichen utopien gegeben werden? wie wird das private wieder politisch? alles nix neues, wen wundert`s, schließlich hat sich die welt in den letzten drei wochen ja auch nicht grundlegend verändert. was uns besonders am herzen liegt, ist, diese alten themen neu aufzurollen - endlich wieder versuchen, nicht teil des problems zu sein, sondern teil der lösung zu werden. wir haben weder bock auf abgehobene theorien, die nicht in der praxis angewandt werden, noch auf theorieloses aufzählen von »dingen, die wir wirklich schlimm finden«. ohne eine theoretisch fundierte position verkommt unser alltagshandeln zumeist zu einem gemisch von willkür und moral. wie ihr seht, haben wir nicht nur die weisheit mit löffeln gefressen, sondern auch noch den master-plan für die nächste revolution in der jute-tasche. trotz alledem: in einem punkt muß die radikal die alte bleiben, sie kann nie mehr bieten, als das was wir alle daraus machen.

by any means necessary...

bis zur nächsten ausgabe wird es noch etwas dauern, eure radieschen.«

radikal

Drei Tage, die Europa schadeten

Göteborg: Eine erste Analyse

Eine erste politische Analyse der Ereignisse rund um den EU-Gipfel in Göteborg von der Antifa in Stockholm. Der Text erschien am 19.6. im schwedischen linken Webportal www.motkraft.net, die Übersetzung ist alles andere als fehlerfrei und erfolgte spontan nach bestem Wissen.

Wir hätten niemals gedacht, dass die Proteste in Göteborg so sein würden. Die Ereignisse haben das Establishment - Medien, Polizei und PolitikerInnen - in einen Schockzustand versetzt. Und Schock ist noch das annäherndste, womit man den Zustand unserer Bewegungen beschreiben kann, die an den Protesten in Göteborg teilnahmen. Wir werden lange brauchen, zu verstehen, was dort passiert ist. Wir haben bei Motkraft [ein linkes Internetprojekt in Schweden] versucht, täglich über das zu berichten, was während des Gipfels in Göteborg passiert. Unsere Texte waren oft bloße Aneinanderreihungen der Ereignisse, wir haben keine Zeit gefunden, anzuhalten, nachzudenken und das Geschehene zu analysieren. Dies hier ist ein erster Versuch, ein übergreifendes Bild zu zeichnen. Denn ein alternatives Bild ist notwendig, wenn man sieht, wie einheitlich pechschwarz die Schilderungen der etablierten Medien von den Protesten waren.

Noch einmal hat sich gezeigt, wie wichtig es ist, über unabhängige Medien zu verfügen. Denn das Bild der kommerziellen Medien ist klar: Sie verteidigen das Eigentum mehr als die Menschen. Sie sind mehr empört über eingeschlagene Schaufenster, als über Übergriffe gegen soziale Bewegungen oder über angeschossene DemonstrantInnen. In den letzten Tagen hat es [in Schweden] keinen Raum für soziale Bewegungen gegeben ihrer Empörung Gehör zu verschaffen und ihre Sichtweise deutlich zu machen. Die meisten Artikel sind von solch mieser Qualität, dass sie ebenso gut alle Pressemitteilungen der Polizei direkt abdrucken könnten. Wir warten immer noch darauf, dass sich die ersten kritischen Stimmen erheben.

Göran Persson [der schwedische Ministerpräsident] hat im Fernsehen versucht, uns als eine Armee darzustellen - mit viel besseren Waffen, großen ökonomischen Ressourcen und gut organisiert. Alle, die mit uns in Kontakt gekommen sind, wissen, dass nichts davon wahr ist.

Der Teil der außerparlamentarischen Linken, zu dem wir gehören, ist in losen Netzwerken organisiert. Die internationale Organisierung passierte dadurch, dass wir per E-Mail Einladungen verschickten und dass wir herumreisten und auf Treffen in Europa Apelle hielten, wie bei der LL-Demo in Berlin und beim PGA-Treffen in Mailand. Das ganze Frühjahr über haben wir Soliparties organisiert, um etwas Geld zu bekommen und das meiste haben wir aus eigener Tasche bezahlt. Wir haben keine Zuschüsse für unsere Tätigkeiten bekommen. In den Medien wurden wir als ein Anhängsel der »seriösen« Proteste dargestellt. Auch dieses Bild hat nichts mit der Wirklichkeit zu tun. Wir haben einen großen Teil der Aktivitäten vor dem Gipfel organisiert, unter anderem durch unsere aktive Teilnahme am großen Bündnis »Göteborgsaktionen 2001«. Dieses Bündnis wäre ohne die Arbeit der libertären Linken unmöglich gewesen.

Unsere Aktivitäten wurden mit den Krawallen, mit Gewalt und mit Vermummung verbunden. Ironischerweise gerade zu einem Zeitpunkt, an dem wir neue Wege des Protestes jenseits der Straßenschlacht suchten. »Ya Basta« entwickelte das White Overall-Konzept um aus der Sackgasse zu kommen, in der sie die italienische autonome Bewegung sahen. Im Norden waren sowohl »Globalisering Underifrån« [Globalisierung von unten] als auch die AFA [autonome Antifa] von diesen Formen inspiriert. Wir entschieden uns, mit einer bedeutend größeren Offenheit zu arbeiten als sonst. Wir planten fantasievolle Blockaden, bei denen wir uns friedlich hineinschieben wollten mit Körperschutz, um nicht von den Polizeiknüppeln verletzt zu werden. Aus diesen Aktionen wurde nichts. Der Einsatzleiter der Polizei, Håkan Jaldung, erklärte frühzeitig, dass er willens sei, alle Aktionen zu stoppen, bevor sie ankommen [am Gipfelgelände]. Von daher begann die Gipfelwoche mit Zugriffen auf Schulen und Wohnungen.

Die Repression traf besonders unsere Strukturen, sie verhafteten unsere AktivistInnen, verhinderten unsere Treffen und beschlagnahmten unseren Körperschutz. Wir distanzieren uns nicht von den Krawallen, die ausbrachen, im Gegenteil, viele von uns nahmen aktiv daran teil. Aber wir können nicht sagen, dass wir es waren, die die Tagesordnung bestimmten. Sämtliche Krawalle die entstanden, passierten nach Polizeiangriffen. Am Donnerstag führte die Einkesselung und Räumung der Hvitfeldska-Schule zu Ausbruchsversuchen. Gleichzeitig führte die Räumung des Vasaparkes vor der Schule zu Zusammenstößen. Am Freitagmorgen griff die Polizei DemonstrantInnen an, die auf die Absperrungen zugingen, wonach Krawalle auf der gesamten Avenyn [das Vorzeige-Boulevard von Göteborg] ausbrachen. Am Abend hatte die Polizei sich entschlossen, die Reclaim the City-Party um jeden Preis aufzulösen, die Stadt wurde mit Containern versiegelt und die Party angegriffen, Krawalle brachen aus und die Polizei eröffnete das Feuer.



Wenn die Polizei sich zurückhielt, liefen die Proteste friedlich ab, wie die Anti-Bush-Demo am Donnerstag, die Nein-zur-EU-Demo am Freitag abend und die große Bündnisdemo am Samstag. Göteborgsaktionen [das Bündnis] verstand sehr früh, dass der beste Weg, um Ruhe und Ordnung zu erhalten war, die Polizei dazu zu bekommen, sich so fern wie möglich zu halten, und sie bekamen Recht. Einige

Bilder haben sich einem eingebrannt. So die Sozialdemokraten in Göteborg, die die Polizei loben, die AktivistInnen angeschossen hat. Der Aushang der Zeitung »Aftonbladet«, der diese Bullen zu Helden ernennt. Die Wirtschaft in Göteborg, die öffentlich der Polizei dankt. PolitikerInnen, Medien und Wirtschaft klopfen sich gegenseitig auf die Schulter. Wir wurden niemals so gedemütigt wie während dieser Tage.

Die schwedische Polizei war die erste, die das Feuer auf die Globaliserings-Protestbewegung eröffnete. Drei unserer GenossInnen wurden niedergeschossen, wovon einer um sein Leben kämpft. In ganz Göteborg gab es willkürliche Verhaftungen während des Ausnahmezustandes am Samstag - »Operation Sanierung« - mit der Einkesselung aller Menschen auf dem gesamten Gebiet des Järntorget als Höhepunkt. Bei der Stürmung der Schiller-Schule am Samstag schleifen mit Maschinenpistolen bewaffnete Bullen junge Leute aus ihren Schlafsäcken und zwingen sie, in Unterwäsche vor der Schule auf dem Boden zu liegen. Die hunderte Personen von »Globalisering Underifrån«, die an der Hvitfeldska-Schule verhaftet wurden, bewahrten dort ihre weißen Overalls für ihre gewaltfreie Aktion. Deutsche AktivistInnen wurden aufgrund des Terroristenparagraphen im Ausländergesetz verhaftet. Wie kann jemand erstaunt sein, dass so eine Situation explodiert?

Was wollten wir eigentlich? Aus Teilen der außerparlamentarischen Linken hatten wir uns einige konkrete Ziele für Göteborg gesetzt. Wir wollten den Gipfel stören, die Polizei sollte sehen, dass sie die Sicherheit des Gipfels nicht garantieren kann und wir wollten den Versuch der Sozialdemokraten brechen, einen neuen Konsens über das EU-Projekt aufzubauen. Die EU als Institution wurde gebildet, um einen europäischen Binnenmarkt zu schaffen und neoliberale ökonomische Politik durchzusetzen. Für die Mehrheit der EuropäerInnen (und der Weltbevölkerung) bedeutet dies eine gesteigerte Ausbeutung, da wir gezwungen werden, mehr zu arbeiten für weniger Geld, und weniger Einfluss und Macht über unser eigenes Leben zu haben. Wir haben uns entschieden, uns an den globalen Protestzug gegen ökonomische Gipfeltreffen anzuhängen, der in den letzten Jahren in Fahrt gekommen ist. Krass formuliert kann man sagen, dass dieses Ziel erreicht wurde.

Es wären niemals so viele Leute nach Göteborg gekommen, wenn es nicht darum gegangen wäre, auf der internationalen Protestwelle gegen die Gipfel mitzureiten. Deshalb brauchten wir keine Ressourcen oder eine große Organisation, um die Leute dafür zu interessieren, zu kommen. Es sollte nicht merkwürdig anmuten, dass Leute aus ganz Europa kommen, um dagegen zu Protestieren, dass die »Entscheidungsträger« hier sitzen und eine Politik bestimmen, die ganz Europa betrifft. Aber dennoch ist es genau das, wogegen das Establishment Sturm läuft. Die Ökonomie wird globalisiert.

Die staatlichen Institutionen, die der Ökonomie dabei dienlich sind, werden globalisiert. Menschen werden global versetzt als passive Objekte, als Ware Arbeitskraft. Aber wenn die Menschen beginnen, sich global als aktive Subjekte zu bewegen, egal ob sie sich zu internationalen Protesten bewegen oder ob sie nach Europa ziehen, dann ist auf einmal Schluss mit der Bewegungsfreiheit und der Globalisierung. Wir wurden als rückwärtsgewandt bezeichnet, es wurde gesagt, dass wir Angst vor Veränderung haben. Aber wir glauben nicht an ein Schweden außerhalb der EU, Nationalstaaten in all ihren Formen sind heutzutage verschmolzen mit den Interessen des Kapitals. Wir träumen nicht von irgend einem goldenen Wohlfahrtsstaat in der Vorzeit. Nur, wenn das Kapital und die Staaten global werden, muss auch der Kampf der sozialen Bewegungen global werden, um Erfolg zu haben.

Wir sind nicht gegen Globalisierung, aber wir glauben an eine Globalisierung von unten. Eine Organisierung sozialer Bewegungen, die auf internationalen Gegenkonferenzen und sozialen Foren (wie im brasilianischen Porto Alegre) stattfindet. Hier, in den globalen sozialen Bewegungen, sie sich ihrer eigenen Kraft bewusst werden, nimmt die Demokratie in der wahren Bedeutung des Wortes Gestalt an. Heute merken wir, die wir die Proteste mitorganisiert haben, eine große Müdigkeit. Der Preis war hoch. Wir werden uns einige Wochen Urlaub leisten und dann nehmen wir neuen Anlauf auf das G8-Treffen in Genua und auf den globalen Aktionstag gegen Kapitalismus im Zusammenhang mit dem Treffen von IWF und Weltbank in Qatar im November. Göteborg mag uns hart getroffen haben - aber die Ereignisse dieser Tage haben und Kraft und Hoffnung in Menschen auf der ganzen Welt gegeben, die globale Protestwelle weiterzutragen. Alle Leute, die an den Protesten in Göteborg teilnahmen, egal was sie gemacht haben, verdienen einen großen Applaus. Ein großer Dank an das Bündnis Göteborgsaktionen und da besonders an all die Organisationen, die aktiv diese Zusammenarbeit möglich gemacht haben: SAC, Miljöförbundet Jordens Vänner, Rättvisepartiet Socialisterna, Socialistiska Partiet, AFA und Attac.

Olle M - AFA Stockholm 20.06.2001



Nachtrag der Redaktion:

Von den drei angeschossenen Demonstranten war einer besonders schwer verletzt, befindet sich aber außer Lebensgefahr. Er muss noch immer künstlich beatmet werden und wird eine Niere verlieren. In Hamburg fand am 16.6. eine Solidaritätsdemo vom Hafen zum Schwedischen Konsulat statt, an der sich 120 Menschen beteiligten. Der Versuch, am Touri-Magneten Museumsschiff »Rickmer Rickmers« ein riesiges Transpi an den Segelmasten aufzuhängen scheiterte am starken Wind, der Polizei gelang es nicht die Personalien der Mastkletterer aufzunehmen.

Rote Flora Termine im Juli

Sonntag	01.07.	17Uhr	Cafe Niemandsland, 18 Uhr Veranstaltung Film über den Widerstand gegen ein Großstaudammprojekt im Baskenland
Dienstag	03.07.	18Uhr	Dubcafe_Black Famous Sound
Donnerstag	05.07.	21Uhr	Vollmond Orchester
Freitag	06.07.	23Uhr	JUNGLIST-CONFERENCE 94 REVIVE feat. Dominik (RuffCutz/HH),Sebel (Berlin/London),Apollo (Berlin)Silly Walks Movement (HH)
Samstag	07.07.	22Uhr	»Mi noche triste« Tango sentimental und elektronisch Bewegtes (Argentinischer & finnischer Tango im Salon.Im großen Saal Big Beat und Drum«n«Bass mit DJ«s und DJanes.) ...Sie kleiden sich ungewöhnlich ...
Sonntag	08.07.	17Uhr	Cafe Niemandsland: politisches Kuchengelage
		18 Uhr	SMASH BORDERS! 4. Antirassistisches Grenzcamp (27.7. – 5.8.01)
Dienstag	10.07.	18Uhr	Dubcafe_N.N.
Donnerstag	12.07.	21Uhr	UNBEKANNTES DEUTSCHLAND Performance mit Installationen,Skulpturen,Schauspielszenen,Video-& Diaprojektionen und experimenteller Electro-Sound-Improvisation Kleidungsstücke und Schuhe am Strand bei Gibraltar-von Flüchtlingen,die hier von Marocco aus in Nußschalen die Meerenge zu überqueren versuchen.Genau dort Surfurlaub machen oder dem Winter entfliehen.«Die« wandern »illegal« ein,«wir« bewegen uns selbstverständlich überall-wer sind »die« und »wir«-und was macht uns zu dem was »wir« sind? Eine Performance über Körperoberflächen,Grenzen und äußere und innere Flucht.
Freitag	13.07.	22Uhr	The last night of Promise-«60 Beat,Garage Punk und Soul Live: Beast«s und Multiple Maniacs (Surf,Trash ...)DJs: DJ Hussein u.a.
Samstag	14.07.	20Uhr	Mobilisierungsveranstaltung und Konzert zum G-8 Gipfel in Genua 19-23 Juli mit: DAVID ROVICS (http://members.aol.com/drovics/home.htm)
Sonntag	15.07.	17Uhr	Cafe Niemandsland: G8-Gipfel in Genua Herrschaft demo(ntieren)strieren. Diskussions- und Mobilisierungsveranstaltung
Dienstag	17.07.	18Uhr	Dubcafe_I-tal Acoustic
Freitag	20.07.	23Uhr	I-TAL ACOUSTIC SOUND feat. KING MELODY (LONDON/UK) + DJ and SINGER
Sonntag	22.07.	17Uhr	Cafe Niemandsland: Im Schatten der Marke Diskussion zur globalen Markenwelt
		21Uhr	HC-Konzert: Driven (leicht chaotischer NewSchool HC-Holland)
Dienstag	24.07.	18Uhr	Dubcafe_weed Acoustix
Freitag	27.07	22 Uhr	8 Jahre ShantyTown Soundsystem-Roots and Dubreggae
Sonntag	29.07.	15 Uhr	Drumcircle - musizieren für alle ...Instrumente bitte mitbringen!
Sonntag	29.07.	17Uhr	Cafe Niemandsland: GESCHLOSSEN! GESCHLOSSEN ZUM GRENZ-CAMP IN FRANKFURT (nahe Flughafen)! Infos unter www.noborder.org
Dienstag	31.07	18 Uhr	Dubcafe_N.N.

regelmäßige termine:

Montag	19:00	Kochsession veganes Essen
Montag	17:00	offene Motorradwerkstatt – Schrauben und Klönen
Montag & Donnerstag	16–19	Archiv der sozialen Bewegungen Tel. 43 30 07
Dienstag	18–23	Dubcafe
Donnerstag 14-tägig	19:00	Kochkollektiv veganes Essen **(Für die anderen Donnerstage werden neue Leute gesucht!)**
Sonntag	17:00	Cafe Niemandsland
Sonntag	gantägig	Studio F (fsk 93.0) sendet aus der Roten Flora

Die Termine des Ahoi lagen leider bei Redaktionsschluss noch nicht vor